

Die Gründung der Tiroler Kolonie
Königsgnade in Banat.

Von

† Ferdinand Hirn.

Vorgeschichte ¹⁾).

Durch die Schicksalsschläge gebrochen, hatte Österreich im Waffenstillstand von Znaim das treue Land in den Bergen, das als Bundesgenosse in die Schranken gerufen worden war, seinem Schicksale überlassen. Die erprobte Bauernschar hatte den Kampf auf eigene Faust weiter geführt; allein durch den Wiener Frieden isoliert, war sie der Übermacht erlegen. Außerstande die gleißenden Versprechungen zu erfüllen, mit denen man einst das Bergvolk zu den Waffen gerufen, empfand es die österreichische Diplomatie wenigstens als heilige Pflicht, den Braven den Rückzug zu decken. Österreichs Vermittlung verschaffte den Tirolern völlige Amnestie für ihre Haltung vor

¹⁾ Anlässlich der hundertsten Jahreswende der Konstituierung der Gemeinde Königsgnade hat Dr. Julius von Saylor die Entwicklung der Siedelung in einer anziehenden Broschüre: Das Tiroler Dorf Királykegye-Königsgnade behandelt; da ihm das reiche Aktenmaterial des Hofkammerarchivs nicht zu Gebote stand, sind die spannenden inneren Vorgänge bei der Neugründung ziemlich unberücksichtigt geblieben; der Verfasser glaubt in folgendem Aufsätze manche nicht unwichtige Ergänzung bringen zu können. Vergl. auch R. F. Kaindl: Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern, 3. Bd. S. 258 ff.

Die in Nachstehendem benützten Akten finden sich, falls der Aufbewahrungsort nicht eigens angeführt ist, im Archiv des k. und k. Finanzministeriums (Hofkammerarchiv) in Wien unter dem Titel: Cameraia Hungarica Fasz. 32. I und II. Allen Herren Beamten sei auch an dieser Stelle für die gütige Unterstützung auf das herzlichste gedankt.

dem Friedensschlusse. Der Kaiserstaat bot auch jenen zahlreichen Flüchtlingen schützendes, freilich oft nur notdürftiges Obdach, die nach dem letzten Verzweigungskampfe von Haus und Hof vertrieben, wie ein begehrtes Edelwild gehetzt, der Rache des Gegners zu entrinnen vermochten. Viele Tiroler waren dorthin bereits vorausgeeilt. Manche, die des Landes Widerstandskraft für erschöpft hielten, hatten schon Ende Juli mit den abziehenden Österreichern der Heimat den Rücken gekehrt; wieder andere hatten für Österreichs Sache persönliche und finanzielle Opfer gebracht; sie kamen in die Kaiserstadt, um beim allgemeinen Zusammenbruche zu retten, was noch zu retten war. Nicht unerwähnt darf zum Schlusse der Umstand bleiben, daß auch jene unerfreulichen Elemente nicht ausblieben, die in Österreich die goldenen Berge suchten, von denen sie während des Kampfes geträumt. Die Politiker des Kaiserstaates glaubten für alle Kompromittierten auch dadurch vorgesorgt zu haben, daß sie in der Friedensurkunde für die Bewohner der von Österreich abgetretenen Gebiete die Erlaubnis erreichten, innerhalb eines Zeitraumes von 6 Jahren mit der ganzen Habe auszuwandern, ohne den allgemein gebräuchlichen Vexationen unterworfen zu sein; allerdings betonte Bayern sofort mit Recht, daß diese Bestimmung für die auswandernden Tiroler nicht zutreffe.

In aner kennenswerter Weise bemühte man sich, an den unglücklichen Flüchtlingen die Opfer zu lohnen, die das treue Land gebracht; allein, was der Staat in seiner jämmerlichen finanziellen Lage an Geldmitteln zu bieten vermochte, genügte keineswegs, war vielmehr angesichts der immer steigenden Zahl der Bittsteller nur ein rasch verpuffender Tropfen auf einen glühenden Stein.

Noch ein anderer Umstand fiel in die Wagschale. Metternich hatte sich entschlossen, durch die Hand der Kaisertochter dem Staate eine kurze Zeit der Ruhe und des Friedens zu verschaffen. Um das eben geknüpfte Band nicht zu gefährden, galt es, die Erinnerung an die letzte Vergangenheit mit allen Mitteln zurückzudrängen. Aus diesem Grunde wurden die

Scharen der in Wien auftauchenden Tiroler, die in ihren Trachten bald die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkten, wiederholt mit einzelnen Mitgliedern des Kaiserhauses verkehrten, ja sehr häufig selbst bei Hofe vorsprachen, allmählich ungerne gesehene Gäste, zumal ihnen auch die französische Gesandtschaft eingehende Aufmerksamkeit widmete. Um jede Bloßstellung der Regierung zu vermeiden, sahen sich die leitenden Kreise bald gezwungen, sie in die Provinz abzuschicken. Da einerseits neue Berichte aus Tirol die Fortdauer der übelsten Stimmung zu melden wußten und eine namhafte Auswanderung in Aussicht stellten, andererseits auch aus den abgetretenen illyrischen Provinzen eine beträchtliche Zuwanderung erwartet werden mußte, da schließlich auch aus fiskalischen Rücksichten eine Minderung der von den Unglücklichen immerfort eingebrachten Unterstützungsgesuche dringend geboten schien, tauchte der Gedanke auf, die Flüchtlinge in Ungarn anzusiedeln, wo seit fast einem Jahrhunderte das von den Türken geräumte Land von Regierung wegen zumeist mit süddeutschen Kolonisten besetzt worden war, wo bereits auch zahlreiche Südtiroler Familien eine neue Heimat gefunden hatten¹⁾.

In der Erwartung, daß eine bedeutende Einwanderung aus Illyrien erfolgen werde, war schon bald nach dem Friedensschlusse an die ungarische Hofkammer die Anfrage ergangen, wie viele Familien im Banate untergebracht werden könnten. Diese holte bei den Kameralbehörden Aufschlüsse ein und erwiderte schon am 19. Dezember 1809, daß dort noch 2269 Familien untergebracht werden könnten, da 333 ganze (von je 32 Jochen), 389 halbe, 707 Viertel und 518 Achtel-Ansässigkeiten noch leer ständen. Die ungarische Hofkammer hatte geraten, den Siedlern zwar Grund und Boden wie auch das nötige Bauholz unentgeltlich zu überlassen und ihnen auch die erforderlichen Sämereien vorzustrecken, wollte aber nur eine dreijährige Abgabefreiheit zugestehen und sie überdies ver-

¹⁾ L. Böhm: Geschichte des Temeser Banats. I. S. 268.

pflichten, die Gebäude auf eigene Kosten zu erstellen¹⁾. Die Erwartung einer Massenzuwanderung mag die Behörde zu so geringem Entgegenkommen bestimmt haben; machte doch die Hofkammer bei diesem Anlasse darauf aufmerksam, daß schon 125 Familien aus der Militärgrenze sich für die Ansiedelung in den österreichischen Ländern gemeldet hätten.

Als der Kaiser mit dem Hinweise auf die zunehmende Spannung in Tirol vom Finanzminister O'Donnell ein Gutachten verlangte, wo und auf welche Art die Auswanderer angesiedelt werden sollten, und welche Begünstigungen ihnen eingeräumt werden könnten²⁾, legte dieser das erwähnte Gutachten der ungarischen Hofkammer mit der Bemerkung vor, daß der Kameralpräfekt von Arad die Besiedelung des modenesischen Kameralgutes Kun-Agata (heute Kunagota) empfohlen habe, wo 700 Familien Platz finden könnten. Das Finanzministerium bezeichnete diesen Vorschlag aus dem Grunde als wünschenswert, um dem Orte Battonya, an der Straße von Arad nach Ofen gelegen, eine Erleichterung zu verschaffen, der durch die Last der Staatsfuhren schwer gelitten habe; allerdings brachte die Besiedelung des völlig in der Ebene gelegenen Platzes für den Fiskus einen Nachteil, da die Ländereien kommassiert und verpachtet waren und dazu dienten, das für den Wiener Markt bestimmte Schlachtvieh zu mästen. Im Banate dagegen stand ein umfangreiches, wirklich noch unbebautes Land zu Verfügung. Mit Rücksicht auf die Dürftigkeit der Flüchtlinge, die außer stande seien, die Häuser aus eigenen Mitteln zu erstellen, riet O'Donnell, den Siedlern nicht nur die Baumaterialien unentgeltlich zu überlassen, sondern auch zum Baue, zur Anschaffung des Viehes und der Ackergeräte wie auch zur Reise einen Barvorschuß zu geben, der in 5 Jahren zurückerstattet werden sollte.

¹⁾ Wiener Staats-Archiv (W. St. A.) Akten des Staatsrates (St. R. A.) 1810, Nr. 1283.

²⁾ W. St. A. St. R. A. 1810, Nr. 1283.

Die Wahl des Platzes; Erörterungen über die Zugeständnisse.

Es lag im Vorteile der Auswanderer, die Vorfragen tunlichst rasch zu entscheiden, um den Hausbau sofort beginnen zu können.

Zwei Hindernisse traten in den Weg. Der Kaiser zeigte sich zwar sofort bereit, das erwähnte Gut den Siedlern zur Verfügung zu stellen; allein ein Teil der Tiroler sprach sich entschieden gegen die Ansiedelung in den Ebenen Ungarns aus; daher glaubte der Monarch besser zu tun, diese Gründe den kroatischen Auswanderern vorzubehalten. In den Hofkreisen gewann der Plan Anhänger, die Flüchtlinge aus Tirol in Galizien oder der Bukowina anzusiedeln; man versprach sich von ihnen nicht nur eine intensive Förderung des Ackerbaues sondern auch des Bergwerkbetriebes. Es erging daher die Anfrage, wo die Auswanderer am besten angesiedelt werden könnten. Im übrigen pflichtete der Kaiser den Vorschlägen O'Donnells bei, die ersten Schwierigkeiten der Kolonisten durch rückzahlbare Geldvorschüsse zu erleichtern.

Der Wert der neuen Anregung wurde ferner durch eine Verfügung stark herabgemindert, welche politische Erwägungen diktiert hatten: Um die Ansammlung zahlreicher Tiroler in Wien zu vermeiden, sollten auch sie vorderhand in das Banat abgeschoben werden, zumal wenn eine größere Menge derselben erschiene, bevor die Erhebungen in Galizien und der Bukowina abgeschlossen wären¹⁾.

Der Plan einer Ansiedelung der Tiroler im Nordosten des Reiches trat gegenüber der Leichtigkeit, womit den Absichten der Regierung im Banate entsprochen werden konnte, immer mehr in den Hintergrund. Denn während in der Bukowina

¹⁾ Entschließung des Kaisers vom 31. März 1810. Wien. Archiv des Ministeriums des Innern (W. M. I.) Polizeiakten (P. A.) 185.

nur noch 17.828 Joch Gründe zu vergeben waren, also höchstens 891 Familien untergebracht werden konnten, war im Banat noch für die vierfache Anzahl Raum, ohne die schon kommassierten Staatsgüter zu rechnen, welche im Falle des Bedarfes ebenfalls herangezogen werden konnten¹⁾. Aus diesen Gründen entschloß sich der Hof, den Tirolern wie auch den Kroaten im Banate ein neues Heim zu schaffen.

Ein Hofdekret vom 6. April 1810 bewilligte den Ansiedlern die unentgeltliche Überlassung des Grundes, der Baumaterialien und des Holzes, eine dreijährige Freiheit von allen Lasten und Urbarialabgaben, die Vorstreckung des Samenkorns gegen Wiederersatz in natura, schließlich auch hinreichende Vorschüsse zur Anschaffung des Viehes und der Wirtschaftsgereäte gegen Rückzahlung in angemessenen Fristen. Als Ort der Siedelung war zuerst das Kameralgut Kunagota in Aussicht genommen. Der Inhalt dieser Entscheidung wurde sofort allen Tirolern mitgeteilt. Trotz der geäußerten Abneigung glaubte man bei dem Plane aus dem Grunde beharren zu dürfen, da mehrere ihrer Landsleute — namentlich werden die Brüder Georg, Anton und Johann Wiesingsteiner erwähnt — fast gleichzeitig, ohne auf staatliche Unterstützung Anspruch zu erheben, in das Banat gezogen waren und dort je 30 Joch Gründe übernommen hatten, die ihnen auf der Herrschaft Pakacz bei Bogáros (40 km wnw von Temesvár) angewiesen worden waren.

Der Plan, für die Ansiedelung der Tiroler das Prädium Kunagota zu verwenden, wurde jedoch bald fallen gelassen. Wie der Vizepräsident der ungarischen Hofkammer von Koháry darlegte und diese in der Sitzung vom 17. Mai bestätigte, lag das Gut ganz in der Ebene und besaß nur recht mangelhaftes Trinkwasser; wollen wir zwischen den Zeilen lesen, so mag wohl auch der Umstand mitbestimmend gewirkt haben, daß sich aus der weiteren Verpachtung ein nicht unbedeutender Nutzen für den Fiskus ergab, während zahlreiche Gründe im

¹⁾ Bericht der ung. Hofkammer, 3. Mai 1810.

Banate ohne jede Schädigung des Ärars vergeben werden konnten.

Die ungarische Hofkammer versuchte zuerst die Anregung, das Hügelland bei Szeesen-Szállas für die Ansiedelung der Tiroler in Aussicht zu nehmen, wo 4273 Joch Boden zur Verfügung standen. Alle diese Projekte traten jedoch gegen den Vorschlag in den Hintergrund, den Tirolern jenen beträchtlichen Grundkomplex von 99 ganzen und 77 halben Ansässigkeiten zuzuweisen, der beim Dorfe Füzés am Westabhange des Banater Berglandes gelegen, schon im alten Regulierungsplan des Banates für die Anlage eines Dorfes ausersehen worden war.

In einem Reskripte an die ungarische Hofkammer pflichtete der Hof bei, wünschte jedoch genaue Vorschläge über die den Siedlern zu gewährenden Begünstigungen. Diese war infolge der durch die jämmerlichen Finanzverhältnisse des Kaiserstaates veranlaßten Teuerung außerstande, genaue Anträge für die zum Häuserbau nötigen Vorschüsse zu nennen, hielt jedoch den Betrag von 1000 fl. für den Hausbau, 20 bzw. 50 fl. für die Reise von Ofen oder Wien in die neue Heimat für ausreichend; für Handwerker, die keiner so weitläufigen Wohnung bedürftigen, sollte sich der Vorschuß entsprechend verringern. Ohne jeden Anstand genehmigte der Monarch diese Vorschläge, ermächtigte die Hofkammer, in besonders rücksichtswürdigen Fällen die Vorschüsse zu erhöhen, gewährte den Ansiedlern 3 Freijahre und eine Frist von 6 Jahren, um die erhaltenen Summen zurückzuerstatten; zur Erleichterung der Buchführung sollte ein Rechnungsbeamter der Kolonie zugeteilt werden. Die Durchführung der Neuanlage wurde einem Ingenieur Witsch anvertraut, der schon in einem früheren Handschreiben des Kaisers als Leiter der Siedelung bezeichnet worden war. Die Entschließung des Monarchen wurde vollinhaltlich der ungarischen Hofkammer zur Darnachachtung mitgeteilt.

Ehe der Antrag in die Tat umgesetzt wurde, erschien es nötig, sich zu vergewissern, ob man auch auf die nötige Zahl von Siedlern rechnen könne. Die Hofkammer ersuchte daher den Kanzler der vereinigten Hofkanzlei Grafen Ugarte den Ort

der geplanten Siedlung und die vom Staate gewährten Vorteile allen Tirolern mitzuteilen und dann die Namen derjenigen zu melden, die entschlossen wären, der Einladung Folge zu leisten¹⁾. Ugarte ließ diese Aufforderung an die Chefs aller Kronländer weitergehen und wies alle jungen Leute aus Tirol, Kärnten, Krain und dem Küstenlande an, sich bei den Staatsgüter-Administrationen zu melden; ein Ersuchen gleichen Inhaltes erging auch an die Polizeihofstelle²⁾.

Das Ergebnis dieser Erkundigungen war äußerst mager. Wie der Polizeioberkommissär Schüller in seiner Meldung an Hager darlegte, erklärten sich von allen in Wien ansässigen Tirolern nur 7 bereit, dem Rufe zu folgen. Es waren meist Handwerker; nur einer von ihnen Josef Steiner, Kofler von Milland, war in der Geschichte des Aufstandes besonders hervorgetreten; er wurde in der Folge zum Koloniefleischer bestimmt³⁾. Wie wir aus einer Bemerkung der Polizeidirektion schließen dürfen, ging die kleine Schar bald an den Bestimmungsort ab. Hager hatte auch an FML. Hiller in Warasdin das Ersuchen gerichtet, die dort befindlichen Tiroler durch Teimer zur Teilnahme bereden zu lassen; nur 7, unter ihnen auch der Nichttiroler Wenzel Kahl, erklärten sich hiezu bereit⁴⁾. Die Mitteilungen der Landeschefs über die Erfolge ihrer Mühen lauteten noch trostloser. Alle meldeten zwar, daß in den von ihnen verwalteten Gebieten sich Tiroler niedergelassen hätten, die sich durch ihrer Hände Arbeit das Brot verdienten; allein fast alle Gefragten hätten sich wegen der Verschiedenartigkeit des Bodens und des Klimas gegen die Ansiedelung im Banate ausgesprochen⁵⁾.

Die Haltung der Tiroler in der Provinz war augenscheinlich durch die Stellungnahme mitbeeinflusst worden, welche die

1) Die Hofkammer an Ugarte, 3. Mai 1810. Antwort an die Hofkammer, 21. Mai 1810.

2) Ugarte an Hager, 14. Mai 1810.

3) Sayler S. 49.

4) Fenner an Hiller, 16. Juni 1810.

5) Hager an die Hofkammer, 27. Juli 1810.

in Wien weilenden Führer dem Projekte der Regierung gegenüber einnahmen.

Sicherlich war es nicht allzuleicht, sich augenblicklich für den Antrag der Regierung zu entscheiden, der alle Bande, welche die Flüchtlinge mit der Vergangenheit wie auch mit ihrer Heimat verknüpften, jäh durchschnitt und in weiter Ferne inmitten fremder Völker gänzlich anderen Bildungsgrades und anderer Lebensweise zwar eine neue Heimat anwies, aber auch mannigfache Verdrießlichkeiten und Sorgen, wie auch eine Zukunft voll angestrengtester Arbeit erwarten ließ und sie überdies in ein Rechtsverhältnis herabdrückte, das den meisten von der Heimat her gänzlich unbekannt war; was die Regierung bot, mag gar manchem als völlig ungenügende Befriedigung der Ansprüche erschienen sein, die sie an den Fiskus richten durften.

Bevor jedoch die von den Tirolern geäußerten Bedenken verschleppend auf die Erledigung der Siedelungsfrage zu wirken vermochten, hatte der Mißgriff der Regierung in der Wahl des technischen Beirates, des Ingenieurs Rudolf Witsch verhängnisvolle Wirkungen gezeitigt.

Der Mann war aus den Kurfürstentume Trier gebürtig und längere Zeit beim Primas, dem Fürsten Batthyány als Gärtner in Diensten gestanden; er heiratete sodann eine junge Witwe, von der die böse Fama zu erzählen wußte, daß sie mit dem alten Fürsten auf gutem Fuße gestanden sei. Dank dieser guten Beziehungen dem schlichten Berufe untreu geworden, hatte er sich auf allerlei abenteuerliche Unternehmungen geworfen und dabei sein Vermögen eingebüßt. Er hatte eine Broschüre über die Urbarmachung des Flugsandes geschrieben, deren Kosten schließlich dank der Vermittlung einflußreicher Gönner der Staat übernahm, wofür er als Honorar 300 Freiemplare erhielt. Mit diesem Werke hatte er sich den Zugang zum Erzherzog Ludwig zu verschaffen gewußt, eben als größere Bodenverbesserungen in der Militärgrenze durchgeführt wurden. Dort hatte er sodann Verwendung gefunden und war für seine Dienste durch ein Landgut bei Panczova entlohnt worden. Im

Frühjahr 1810 hatte er mit dem Hinweis auf das Beispiel der Römer und Engländer den Hof mit dem Antrage behelligt, die Verbrecher, Invaliden und Proletarier der Städte durch die Anlage von Kolonien zu brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen. Eingeweihte wollten freilich wissen, daß seine publizistische Tätigkeit nur durch die Mithilfe eines Redakteurs namens Rösler möglich wurde, da er selbst sozusagen gar keine Fachbildung besaß. Vergangenheit und Zukunftspläne dieses Mannes boten ihm den willkommenen Anlaß, sofort in Fühlung mit den Tiroler Kolonisten zu treten. Er hätte trotz der mangelhaften Kenntnisse vielleicht ein ganz verwendbarer Führer der Siedelung werden können, wenn nicht seine unkluge politische Rolle und seine weitschweifenden, abenteuerlichen Pläne Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten gestürmt hätten.

Witsch hatte es nie verstanden, seine Zunge im Zaume zu halten; daher hatte sich die Polizei schon wiederholt eingehend mit seiner Person beschäftigt; sie erfuhr bald, daß er ein recht schlechter Patriot sei, der bei jeder Gelegenheit über die Regierung wettete, ja sich sogar soweit verstiegen habe, den Kaiser und seine Brüder als Schwachköpfe zu betiteln; man hatte ihn überdies wohl mit Unrecht im Verdacht, der Verfasser des gedruckten „Aufruhrbüchleins“ zu sein, das die traurige Lage der Bauern in Ungarn in den grellsten Farben malte. Andere Anzeigen ziehen ihn bedenklicher Beziehungen zu verdächtigen Kavaliern, eine Beschuldigung, die Hager allerdings durch die Bemerkung abschwächte, die Freundschaft, deren Witsch sich rühme, bestehe meist nur darin, daß er einige Worte mit dem betreffenden Herrn gewechselt habe¹⁾. Hager, der über alles dem Hofe Bericht erstattete, schloß mit dem Hinweise, die Anzeigen seien noch nicht hinlänglich begründet, um gegen den Mann als Schuldigen vorgehen zu können. Der Kaiser nahm die Meldung mit dem Auftrage zur

¹⁾ Die Schilderung des Lebensganges erfolgte nach dem Vortrage Hagers vom 16. November 1809. W. M. I. P. A. 185.

Kenntnis, über das weitere Benehmen des Ingenieurs Bericht zu erstatten.

Da die Erledigung der Siedelungsangelegenheit ganz in den Händen der Kameralbehörden lag, war der Makel, der am Namen des Mannes haftete, unbemerkt geblieben; ohne jede Schwierigkeit war er unter dem Titel eines Kameral-Kommissärs zum Leiter der Siedelung ernannt worden.

Die ihm übertragene Aufgabe, welche die zuständigen Behörden allerdings nur auf die technischen Arbeiten beschränkt wissen wollten, gab wiederholt Gelegenheit, noch vor dem Abgange in die neue Heimat mit den Siedlern zu verkehren. Seine Abenteuerpläne veranlaßten ihn, die Werbung neuer Ansiedler zu versuchen; die gedrückte Stimmung, die er unter den Tirolern vorfand, bot ihm überdies den Anlaß, sich zum Anwalte jener Bitten und Forderungen zu machen, welche diese gegenüber den Anträgen der Regierung für notwendig hielten.

In einer Eingabe an die Hofkammer erörtert er die von ihm bisher unternommenen Schritte. Der schlimme Geist, der unter den Tirolern herrsche, drohe, so beteuert Witsch, die Lösung der ihm zugetheilten Aufgabe im Keime zu ersticken, Fremde hätten die Tiroler von der Ansiedelung in Ungarn abwendig zu machen gesucht; bedenkliche Äußerungen über die ungarische Verfassung seien hiebei laut geworden; die Schilderung des Sklavenlebens, das der Siedler harre, wie auch der schweren Robotdienste, die gefordert würden, hätten tiefen Mißmut gesät. Kein einziger der Tiroler habe sich unter solchen Umständen zur Abreise bereit erklärt, falls ihnen nicht zuvor alle jene Freiheiten zugesichert würden, welche sie in der Heimat genossen hätten. Das Bestreben, die neue Siedelung durch eine tunlichst große Anzahl von Teilnehmern lebensfähig zu gestalten, biete ihm den Anlaß, deren Wünsche gegenüber den Regierungskreisen zu vertreten. Sie verlangten vor allem die Abgabefreiheit durch 7, nicht bloß durch 3 Jahre, Freiheit von der Rekrutierung gegen das Versprechen, sich als Schützen auszubilden und sich zum Schutze der Grenze verwenden zu lassen, die Anweisung eines Jagdgebietes, um sich im Gebrauche der

Stutzen üben zu können, Befreiung von allen Roboten, Ablösung des Zehents in Geld, Ansiedlung in geschlossenen Dörfern, um den nationalen Charakter der Siedler nicht zu gefährden, die Erlaubnis, die Ortsobrigkeit nach dem Brauche der Tiroler selbst wählen zu dürfen, schließlich die Erhöhung des Reisevorschusses, da für die Beförderung zu Schiffe schon 12 fl. gezahlt werden müsse, daher für die Fahrt zu Lande ein zu geringer Rest erübrige. Witsch riet mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Tiroler, falls diese Wünsche gewährt würden, eine bedeutende Auswanderung ihrer Landsleute in Aussicht stellten, zu billigem Entgegenkommen, um die landwirtschaftlichen Kenntnisse und den Gewerbefleiß der Tiroler nach Ungarn zu verpflanzen¹⁾.

Um die immer wieder auftauchenden Zweifel der Tiroler über den Wert des ihnen zugewiesenen Grundes endgültig zu zerstreuen, erklärt er sich bereit, mit 3 derselben (Josef Eder, Matthias Angerer und Anton Trocker) vorderhand an den Bestimmungsort abzugehen, die als Sachverständige den Boden untersuchen und sodann ihren Landsleuten Bericht erstatten sollten.

Allein selbst die gewiß unrealisierbaren Versprechungen Witschs schienen manchen der Flüchtlinge noch zu gering. Bei vielen ertötete die große politische Wendung im Geschehce Österreichs, die durch die neue Familienverbindung eingeleitet wurde, überhaupt das anfängliche Feuer der Begeisterung; wollte doch die nimmermüde Fama wissen, daß Tirol an einen Erzherzog fallen werde; die Nüchternen glaubten wenigstens daraus den einen Vorteil erhoffen zu dürfen, daß die Amnestie nunmehr in versöhnendem Sinne durchgeführt und ihnen die Heimkehr ermöglicht werde. In Eintracht wandten sich alle gegen die Anträge der Regierung.

Die Vollmachten des Ingenieurs wurden angezweifelt, immer wieder die schweren Lasten erörtert, welche die Siedler auf ungarischem Boden zu übernehmen hätten. Marberger,

¹⁾ Witsch an die Hofkammer, 15. Juni 1810.

der wohl als Mittelpunkt der Opposition gelten darf, verstieg sich sogar dazu, von der Regierung die Überlassung des Bodens als völlig freies Eigentum zu verlangen. Die Stimmung verschlimmerte sich zusehends in einer Weise, daß Witsch nur in der Forderung einen Ausweg wußte, die Polizei solle den Urheber der Hetzereien nachspüren und sie unschädlich machen.

Die Versprechungen der Tiroler, die eine beträchtliche Auswanderung aus ihrer Heimat in Aussicht stellten, falls ihre Bedingungen erfüllt würden, mögen für Witsch das erregende Moment gewesen sein, seine Pläne weiter zu bauen und den Siedlern die Erfüllung ihrer Forderungen zuzusichern. Er sprach in gleicher Angelegenheit auch bei Metternich und O'Donnell vor; beide scheinen dem zudringlichen Manne zuerst in einer Weise Gehör geschenkt zu haben, daß er daraus eine Billigung seiner Pläne entnehmen zu dürfen glaubte.

Kaum war das Projekt in den ersten Linien gezeichnet, so ging Witsch sofort auch an die Durchführung. Mehrere Tiroler erklärten sich bereit, in die Heimat zurückzukehren, um ihre Verwandten und Bekannten zur Auswanderung zu bewegen. Firlor hätte dann als Hauptwerber folgen sollen; der Kameralakzessist Nußbaumer war bestimmt, nach Vorarlberg zu gehen und dort für die Neugründung Stimmung zu machen; ihm sollte dann der Student Karl Milz folgen. Bald plante Witsch, sogar nach Süddeutschland, der Schweiz und nach Italien Werbeoffiziere auszusenden.

Der Ingenieur schwelgte in der Zukunftsmusik; versprach doch das von ihm geleitete Unternehmen seine Persönlichkeit zu einer der wichtigsten im Staate zu machen. Alle Arbeitskräfte ohne Unterschied der Abstammung sollten herangezogen werden. Er erhoffte sich davon den großen Vorteil, daß die Kolonisten aus Süddeutschland, der Schweiz und Frankreich dem Staate nicht nur nichts kosteten, sondern sogar beträchtliche Summen Kapitals ins Land brächten. 80.000 Familien, so hofft Witsch, könnten aus den erwähnten Ländern herangezogen werden; 3 (!) habe er bereits geworben. Auch für sie wünscht er dieselben Vorteile, die er für die Tiroler ver-

langt hatte; und gleichsam zur Begründung seiner Anträge rechnet er die Summen aus, die bei Bewilligung seiner Absichten dem Staate zuströmen könnten¹⁾.

Der weitschweifende Plan fand jedoch augenblicklich Schwierigkeiten. Die gewaltige Ausdehnung, die Witsch dem Unternehmen geben wollte, war ganz gegen die Absichten der Regierung. Schon am 12. Juli gab Hager dem Hofkammerpräsidium von den Eigenmächtigkeiten des Kommissärs Kunde, der alle Tiroler ohne Unterschied des Verdienstes zur Teilnahme einlade und die hierüber empfangene Verwarnung mit dem Hinweise auf erhaltene Befehle beantworte; Hager forderte, daß er über die Grundsätze belehrt werde, welche die Regierung durchgeführt wissen wolle²⁾.

Inzwischen hatte aber auch die ungarische Hofkammer über das lange Ausbleiben des Ingenieurs Klage geführt. Schon am 19. Juni waren die ersten Tiroler auf ihrer Reise nach dem Banate in Pest angekommen, hatten sich bei der dortigen Kameralverwaltung gemeldet und waren auf Kosten des Staates verpflegt worden. Zur Weiterreise gemahnt, betonten sie, zuerst die Ankunft des Ingenieurs abwarten zu müssen. Die Hofkammer ersuchte daher, Witsch tunlichst rasch an seinen Bestimmungsort abzusenden³⁾. Die Hofkammer säumte nicht, ihn zu schleuniger Abreise aufzufordern, um die übertragene Aufgabe in Angriff zu nehmen⁴⁾. Der Befehl kam dem Abenteuerer recht ungelegen; bedeutete er doch einen dicken Strich durch seine Rechnung. Er scheint es versucht zu haben, einen Aufschub mit dem Hinweise zu erwirken, daß auf seine im Namen der Tiroler vorgelegten Forderungen noch keine Entscheidung erflossen sei; diese Bemerkung bewirkte zwar, daß die ungarische Hofkammer aufs neue zur Erstattung eines Gutachtens gedrängt wurde, allein Witsch empfing die gemessene Weisung, binnen 24 Stunden abzugehen, widrigenfalls seine

1) Brief an einen Hofrat, Wien, 4. August 1810.

2) Mitteilung an das Hofkammerpräsidium, 12. Juli u. 26. Aug. 1810.

3) An das Hofkammerpräsidium, 12. Juli 1810.

4) Weisung an Witsch, 2. August 1810.

Bestellung rückgängig gemacht würde. Nun ließ der Getroffene die letzte Mine springen. Er wandte sich an Metternich, den er mit seinen Plänen schon früher behelligt hatte, und dieser bestätigte tatsächlich, daß Witsch sich in Angelegenheiten der Tiroler, die in ihre alte Heimat abgegangen seien, um ihr Vermögen zu holen, wie auch wegen Heranziehung anderer Kolonisten mit ihm Rücksprachen genommen habe, worüber an den Kaiser Vortrag erstattet worden sei; da Witsch täglich die Erledigung betreibe und wider Willen in Wien zurückgehalten werde, möge die Hofkammer nichts Nachteiliges gegen ihn vorkehren¹⁾. Allein diese Behörde ließ sich nicht hinhalten. Sie erwiderte, daß die dem Ingenieur zugeteilte Aufgabe den Abgang an den Bestimmungsort dringend erheische²⁾.

Der Umstand, daß Witsch sich mit allen Mitteln in den Vordergrund zu schieben versuchte, hatte aber auch die Polizei wiederum auf ihn aufmerksam gemacht. Die Akten über das Vorleben des Mannes wurden ausgehoben und die nicht sonderlich empfehlenden Einzelheiten der Hofkammer und durch sie dem Staatsminister bekannt gegeben; dieser wurde überdies aufgeklärt, daß es der Regierung völlig ferne liege, die Untertanen fremder Herrscher zur Auswanderung zu bewegen, daß es sich für sie nur darum handle, den heimatlosen Tirolern ein Unterkommen zu bieten. Metternich wurde um kurze Nachricht gebeten, ob er gegen die baldige Abreise des Ingenieurs Einwendungen zu erheben habe.

Inzwischen hatte Hager eine neue bedenkliche Seite im Treiben des Mannes aufgedeckt; man hatte ihm verschiedene Eigenmächtigkeiten in der Zuteilung der Reiseunterstützungen nachzuweisen vermocht. In der Sitzung der Hofkammer vom 6. August 1810 wurde das Gebahren des Ingenieurs einer heftigen Kritik unterzogen; man maß seiner Intervention für die Tiroler und der hiedurch bedingten abermaligen Berichterstattung an den Hof die Schuld an der Verzögerung der ganzen Angelegenheit bei; man betonte, daß die Lage der Siedler, die

¹⁾ Metternich an die Hofkammer, 8. August 1810.

²⁾ An Metternich, 11. August 1810.

von ihrem Gelde leben müßten, mit jedem Tage sich verschlechtere, daß der Sommer sich zu Ende neige und noch keine einzige Flur abgesteckt sei. Witsch solle sofort an den Bestimmungsort abgehen, widrigenfalls man gezwungen sei, die Ernennung rückgängig zu machen; scharf wurde abermals betont, daß es nicht Absicht des Kaisers sei, fremde Untertanen zur Auswanderung zu bewegen, daß nur die Tiroler für ihre Anhänglichkeit entschädigt werden sollten.

Auch die Sitzung vom 30. August bewegte sich in demselben Gedankengange; die Erörterungen schlossen mit dem Ersuchen an den Hof, den Beamten zurecht zu weisen und nur jene an der Siedelung teilnehmen zu lassen, die sich verdient gemacht hätten. Da Metternich die Beantwortung der an ihn gerichteten Note unterlassen zu haben scheint, benützte die Hofkammer den Anlaß zu einer neuerlichen Anfrage, ob den von Witsch eigenmächtig angeworbenen Leuten ebenfalls Pässe nach Ungarn zuzustellen seien, wie auch zum Hinweise, daß durch das längere Verweilen des Ingenieurs die Finanzbehörden in arge Verlegenheiten gerieten und daß hiedurch die Durchführung der Siedlung stetig sich verzögere.

Im Vortrage an den Kaiser¹⁾ verweist das Hofkammerpräsidium auf die Grundsätze, die für die Anlage der Kolonie von Kaiser selbst vorgezeichnet worden waren, wie auch auf die gewaltigen Kosten, welche die abenteuerlichen Pläne des Ingenieurs erheischten. Im Banate sei noch höchstens für 10.000 Familien Platz; durch Rodung weiteren zu schaffen, verwehre der Umstand, daß ohnehin nicht zu viel Holz vorhanden sei; dem Staate würden schwere Auslagen aufgebürdet und er verliere sein Recht an den Gründen. Die Hofkammer rät dringend, nur den einstigen Untertanen Österreichs die Vorteile zuzuwenden.

Die Bekanntgabe dieser Gesichtspunkte wie auch die Aufdeckung des Vorlebens des Ingenieurs brachten in den Hofkreisen eine nur zu begreifliche Wendung hervor. Die kaiser-

¹⁾ Wien, 23. August 1810.

liche Entschließung vom 1. September 1810¹⁾ stellt mit dem Ausdrücke des Befremdens die Anfrage, warum Witsch als Ansiedlungskommissär bestellt worden sei, da doch die Angelegenheit ebensogut durch die Beamten im Banate hätte besorgt werden können; Witsch sei wegen seiner Eigenmächtigkeiten aufs schärfste zur Rede zu stellen und ihm jede weitere Werbung zu untersagen; die geschehenen Schritte seien rückgängig zu machen. Des Kaisers Befehl wurde sofort der Polizeihofstelle bekannt gegeben, die Witsch hievon verständigen sollte.

Als am nächsten Tage die Akten des Staatsrates dem Kaiser zur Genehmigung unterbreitet wurden, worin sich unter anderem auch der Antrag fand, mit der Durchführung der Neugründung sei Witsch zu betrauen, strich der Kaiser in der Erledigung den Antrag durch und übertrug die Aufgabe dem Komitatsingenieur. Die Hofkammer versuchte auf die erwähnte Anfrage des Kaisers eine Rechtfertigung; sie schob die Schuld auf die ungarischen Behörden, die Witsch zur Erledigung ähnlicher Aufträge schon wiederholt verwendet hätten; sie machte für die Werbetätigkeit des Mannes den verstorbenen Hofkammerpräsidenten O'Donnell wie auch Metternich mit verantwortlich; allein die Mühe war umsonst; der Kaiser beharrte entschieden auf seinem Entschlusse, Witsch sei von diesem Geschäfte zu entfernen und zu verhalten, die empfangenen Vorschüsse wieder zu ersetzen. Der Monarch verpflichtete überdies die Hofkammer, dafür zu sorgen, daß die Mißgriffe tunlichst gutgemacht und seine Weisungen in Zukunft auf das genaueste befolgt würden; sie sollte überdies rechnungsmäßig nachweisen, was die Abenteuer des Ingenieurs dem Staate gekostet hätten. Der Kaiser verschärfte seine Weisungen dadurch, daß er den Präsidenten der Hofkammer für die pünktliche Erfüllung persönlich haftbar machte. Die Hofkammer suchte angesichts der Haltung des Monarchen, den unbequemen Mann auf die leichteste Weise durch das Versprechen auszuschalten, es werde bei der nächsten Besetzung der Stelle eines Komitatsingenieurs auf seine Verdienste gebührend Rücksicht genommen werden;

¹⁾ Laxenburg, 1. September 1810.

allein auch diese Lösung wies Kaiser Franz in aller Entschiedenheit ab, stellte es jedoch Witsch frei, an der allgemeinen Bewerbung sich zu beteiligen¹⁾.

Neue Schwierigkeiten bot die Erledigung der von den Tirolern vorgelegten Forderungen. Offenbar unter dem Einflusse der Betreibungen des Ingenieurs hatte die ungarische Hofkammer an den Hof die Frage gerichtet, ob von den früheren Weisungen abgegangen werden dürfe, da ja genügend Raum vorhanden sei, um eine größere Anzahl von Kolonisten ihren Wunsche gemäß beisammen ansiedeln zu können. Da sich Deutsche und Rumänen in einer einzigen Siedelung schlecht verträgen, hatte der Kaiser die Hofkammer ermächtigt, nöthigenfalls durch Tausch den erforderlichen Platz zu schaffen; gerade aus diesem Grunde war für die Siedelung die Stelle bei Füzès gewählt worden, da hier der Platz in bequemer Weise erweitert werden konnte. Auf vereinzelte Ansässigkeiten, so lautete die Weisung des Kaisers, sollten die Tiroler nur auf besonderen Wunsch angesiedelt werden; nur wo sich Platz für mindestens 30 Familien finde, dürfe eine Kolonie erstehen; Enklaven rumänischer Besitzer sollten durch Tausch beseitigt werden, so daß die Felder der Siedler direkt an einander stießen. Die Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse habe zu entscheiden, ob den Ankommenden die Weidegründe gemeinsam mit den Rumänen angewiesen oder hievon getrennt werden sollten. Erst für den Fall, daß die vorgeschriebene Kommasierung der freien Gründe noch nicht Raum genug böte, sollten auch die der Grundherrschaft gehörigen verpachteten Prädien zur Siedelung herangezogen werden. Die Durchführung des Siedlungsplanes sei von der Anzahl der Ankommenden abhängig; in zweifelhaften Fällen möge das Vorgehen als Richtschnur dienen, wie es bei früheren Ansiedlungen eingehalten wurde; allenfalls sei durch schnelle Berichterstattung die Weisung des Hofes einzuholen.

Ungemein schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen über die den Tirolern zu gewährenden Begünstigungen. Die

¹⁾ Entscheidung des Kaisers, Graz, 9. Oktober 1810.

ungarische Hofkammer, die hauptsächlich nur den fiskalischen Standpunkt berücksichtigen mochte und tunlichst rasch ein neues Dorf, hiemit auch eine neue Steuerquelle erstehen lassen wollte, verhielt sich vermutlich dank der Intervention des Ingenieur Witsch gegenüber den Forderungen durchaus nicht ablehnend; hoffte sie doch, durch die Tiroler die ergiebige Seidenindustrie fördern zu können. Sie betonte nur, daß trotz aller Zusagen bisher nur ganz vereinzelte Siedler sich gemeldet hätten, daß wegen der Armut der neuen Siedler eine gedeihliche Entwicklung der neuen Kolonie nur dann erwartet werden könnte, wenn der Staat helfend eingreife. Sie beantragte daher die Erbauung der Kolonistenhäuser durch den Staat und die Gewährung angemessener Fristen zur Rückzahlung der Bausumme¹⁾.

Die Hofkammer fühlte sich verpflichtet, auch die Meinung der ungarischen Hofkanzlei einzuholen, bevor über so wichtige Fragen entschieden wurde²⁾. Diese ließ mit der Bekanntgabe ihrer Ansichten warten, so daß am 8. Juli 1810 eine abermalige Betreibung notwendig wurde. Am 20. Juli erfolgte ihre Erwiderung. Sie lehnte alle Bitten rundweg ab. Die geforderten Begünstigungen seien derart, daß sie sich mit der ungarischen Verfassung nicht vertrügen; würden sie gewährt, so sei der schlimmste Eindruck auf die übrigen Steuerträger zu befürchten; Zugeständnisse ähnlicher Art müßten auch von den Herrschaftsinhabern auf das entschiedenste bekämpft werden. Der Antrag der Siedler, für die Befreiung vom Militärdienste den Grenzschutz zu übernehmen, sei gegenstandslos, da das Komitat ja nicht an der Grenze liege; die Anweisung von Jagdgründen sei durch den Umstand verwehrt, daß sich dort kein hinreichender Wald finde; übrigens, meint die ungarische Hofkanzlei, könnten solche Zugeständnisse wegen der benachbarten Rumänen sehr bedenklich werden. Die Regierung möge, schließt sie ihre Darlegungen, bei den bereits gewährten Begünstigungen beharren; seien die Tiroler hiemit nicht zufrieden,

¹⁾ Sitzung der Hofkammer am 28. Juni 1810.

²⁾ Weisungen an die Hofkanzlei, 28. Juni 1810.

so solle der ganze Plan fallen gelassen werden; man könne dann versuchen, die Flüchtlinge in den Bergkomitaten als Holzschläger zu verwenden, oder sie in der Militärgrenze ansiedeln; auf alle Fälle möge man aber jene Personen ausforschen und bestrafen, die es gewagt hätten über das Land der heiligen Stefanskrone so entehrende Gerüchte in Umlauf zu setzen.

Die Hofkammer faßte in der Sitzung vom 2. August die verschiedenen Momente, die sich für und wider die Wünsche der Tiroler geltend machen ließen, zusammen, ohne die extrem ablehnende Haltung der ungarischen Hofkanzlei zu teilen. Sie verwies vor allem auf die außerordentlichen Begünstigungen, die durch Kaiser Josef den Siedlern gewährt wurden, der ihnen 10jährige Steuerfreiheit zubilligte, die Häuser unentgeltlich erbauen, die nötigen Vorschüsse zur Anschaffung des Viehes und der Ackergeräte vorstrecken, überdies die Felder mit herrschaftlichen Sämereien für die Siedler bestellen ließ, der sogar so weit ging, die Siedler bis zur ersten Ernte auf Staatskosten zu verpflegen. Und doch hätten sie Schwierigkeiten in Fülle zu überwinden gehabt, bis es ihnen gelungen sei, zu jenem blühenden Zustand sich aufzuschwingen, in dem sie sich jetzt befänden; die Kameralbehörden würden wiederholte, ausgiebige Unterstützungen gewähren müssen, daß die neue Kolonie gedeihen könne. Auch die Hofkammer findet den Vorschlag zutreffend, daß die Herrschaft die Häuser erbaue, da ja die unentgeltliche Beistellung der Baumaterialien bereits zugesagt worden sei, da überdies der Staat leichter, schneller und billiger baue, besonders wenn die Siedler als Handlanger verwendet werden könnten. Holzhäuser seien in Ungarn gesetzlich unzulässig; daher müßten die Bauten aus solidem Material erstellt werden; die Regierung riskiere nichts; denn schlimmstenfalls gäbe es Deutsche im Banate genug, die sich gerne bereit fänden, die Neubauten käuflich zu erwerben. Die Entscheidung über die anderen Wünsche der Tiroler überläßt die Hofkammer der Gnade des Kaisers, spricht aber dafür, den armen Flüchtlingen, die in der Heimat alles verloren hätten, eine mehr als dreijährige Steuerfreiheit zu gewähren, obwohl

dies den gesetzlichen Bestimmungen widerstreite, wie auch in den übrigen Punkten tunlichst entgegenzukommen; jene, die eigenen Grund und Boden wünschten, würden sicherlich durch die Darlegung des Erbpachtverhältnisses zufriedengestellt, das die Vertauschung der Güter gestatte und nur verwehre, die Gründe unter die Größe einer Achtel-Ansässigkeit zu teilen; völlige Befreiung von der Rekrutierung sei gesetzlich unzulässig; die Kolonisten würden sich jedoch sicherlich mit der Zusage begnügen, daß erst die im Lande geborenen Söhne in ein Jägerregiment eingereiht würden; sie würden auch zufrieden sein, wenn man ihnen gestatte, den Robot von 6 zu 6 Jahren oder durch einen festen Zins abzulösen; manche der übrigen Wünsche wie Befreiung von der Steuerrepartition, Freiheit von der Konkurrenz zu den öffentlichen Lasten u. s. w. müßten freilich abgeschlagen werden; in dieser Hinsicht seien die neuen Untertanen gleich den alten zu behandeln. Die Hofkammer billigte auch die von den ungarischen Kameralbehörden beantragte Erhöhung des Reisegeldes sowie eines Unterstützungsbeitrages von 30 Kreuzern für den Kopf; sie befürwortete schließlich, daß jeder Familie zur Anschaffung der notwendigsten Einrichtungsgegenstände gegen seinerzeitigen Rückersatz die Summe von 100 fl. ausgefolgt werde. Anträge in diesem Sinne wurden gleich nach der Sitzung dem Hofe unterbreitet ¹⁾.

Ehevor der Monarch über diese Anträge entschied, wurde der ganze Akt dem Staatsrate zur Begutachtung zugewiesen. Staatsrat Bedekovits, der Referent für ungarische Angelegenheiten, hält die Tiroler aller Berücksichtigung wert; er zweifelt zwar, ob sich sonderlich viele für die Siedelung melden werden, hält es jedoch nicht für ausgeschlossen, daß die Kolonie zustande komme. Die von den Hofkammern vorgeschlagenen Begünstigungen scheinen ihm als zureichend; mehr stünde wirklich mit der ungarischen Verfassung im Widerspruche; da die ganze Reise von Wien bis Temesvár zu Wasser zurückgelegt

¹⁾ Das gesamte Aktenmaterial findet sich im W. St. A. St. R. 1810. Nr. 2192.

werden könne, hält er die Festsetzung des Reisevorschusses mit 50 fl. noch zureichend.

Die kaiserliche EntschlieÙung vom 1. September ¹⁾ weicht von den geschilderten Vorschlägen nur in Nebensachen ab. Der Monarch verhält alle Behörden, der Ansiedelung der Tiroler die größte Aufmerksamkeit zu widmen; da die erwartete Einwanderung aus den illyrischen Provinzen völlig ausgeblieben sei, ordnet er die Erbauung von 30 Häusern im Gemeindegebiete von Füzès an, verfügt die Überwachung des Baues durch den Kameralpräfekten und den Komitatsingenieur, weist einen Reisevorschuß von 50 fl. wie auch zur Anschaffung der ersten Einrichtungsgegenstände eine Unterstützung von je 100 fl. an, die jedoch erst dann auszubezahlen sei, wenn die Siedler am Orte ihrer Bestimmung eingetroffen wären. Die von der Hofkammer beantragten Begünstigungen werden gewährt, jedoch weitere Privilegien entschieden abgelehnt, die Entrichtung des Zehents in Natura gefordert, die Anweisung eines eigenen Jagdbezirkes abgewiesen. Statt der angestrebten völligen Autonomie in der Gemeindeverwaltung wird nur ein eigener Dorfrichter zugestanden; die Unterbehörden empfangen überdies den Befehl, schleunig Bericht zu erstatten, falls sich noch mehrere Kolonisten melden sollten.

Nun erging an die ungarische Hofkammer der Befehl, sofort durch die Temeser Kameralverwaltung mit dem Baue von 30 Häusern beginnen zu lassen; sie seien aus gestampfter Erde aufzuführen und im Geschmache der Tiroler zu halten; diese hätten hiebei Handlangerdienste zu leisten. Durch die ungarische Hofkammer ging der Befehl des Kaisers sofort an die Kameralbehörden des Banates weiter; auch die Polizeihofstelle erhielt die Weisung, alle ankommenden Tiroler von den gewährten Begünstigungen zu benachrichtigen, die Reisepässe nach Ofen auszufolgen und die zugestandenen Vorschüsse anweisen zu lassen. Auch dem Staatsminister Metternich wurde die Entscheidung des Kaisers mit der ausdrücklichen Bemerkung

¹⁾ Laxenburg, 1. Sept. 1810.

bekannt gegeben, daß nur solche Leute anzusiedeln seien, die aus den abgetretenen Ländern stammten und sich verdient gemacht hätten.

Im Auftrage des Kaisers hatte die Hofkammer die verschiedenen Kameralverwaltungen auch angewiesen, alle Tiroler nach Tunlichkeit unterzubringen; man hoffte für viele in den Bergkomitaten ein Unterkommen zu finden; allein deren Behörden suchten mit dem Hinweise auf das rauhe Klima und den Überschuß an landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeitern die Zuwanderung der unwillkommenen Gäste zu hintertreiben. Solche Vorstellungen erwirkten den Auftrag an die ungarische Hofkammer, nur jene Einwanderer in den entlegenen Gebirgsgegenden anzusiedeln, welche entweder die Arbeit in den Bergwerken oder in den Forstbetrieben verstünden; diese sollten zur Holzfällung und Triftung verwendet werden, aber alle jene Vorteile und Begünstigungen genießen, die im Jahre 1775 den Ansiedlern aus Oberösterreich gewährt worden waren. Mangels stärkerer Zuwanderung erwies sich übrigens die Sorge als völlig unnötig.

Speckbacher und Thalgutur; die ersten Tiroler im Banat.

Erregter gestalteten sich die Verhandlungen über die Frage, ob die Siedelung wirklich auf dem von der Regierung angewiesenen Platze erstehen sollte. Noch als Ingenieur Witsch die Ansiedelung leitete, hatte er eine bedeutende Förderung des Unternehmens dadurch zu erwirken gesucht, daß er mehrere Tiroler zur Überprüfung des angewiesenen Grundes absenden wollte. Im Sommer 1810 waren tatsächlich Josef Maurer und Michael Niedermayr zu diesem Zwecke ins Banat abgegangen; voll Begeisterung kehrten sie zurück und wurden von Witsch weiterhin als Zutreiber verwendet. Allein die Lobeshymnen der Genannten vermochten nicht alle Zweifel zu zerstreuen. Um die letzten Bedenken zu verscheuchen, wurde vermutlich noch von Witsch der Gedanke angeregt, die zwei ange-

sehensten Tiroler Speckbacher und Thalgueter persönlich in das Banat zu schicken, um nochmals das für die Siedelung bestimmte Gebiet zu besichtigen. Firlir sollte in Wien zurückbleiben und die ankommenden Siedler nachsenden.

Der Hofkammer kam diese neuerliche Verschleppung zwar äußerst ungelegen; war doch die schleunige Durchführung der Neugründung hiedurch ernstlich in Frage gestellt. Man entschloß sich jedoch die Verzögerung hinzunehmen, zumal die meisten Tiroler ernstlich um die Absendung ersuchten; bot doch diese Lösung wenigstens den Vorteil, daß durch die Beteiligung eines so hoch angesehenen Mannes, wie es Speckbacher war, das ganze nicht sonderlich populäre Unternehmen hiedurch etwas mehr Zugkraft erhielt.

Der Kaiser genehmigte demzufolge die vorgelegte Bitte und beauftragte sofort den Hofkammerpräsidenten, die Reise der beiden Männer durch einen hinreichenden Geldvorschuß zu unterstützen¹⁾. Sie erhielten die Weisung, alle Plätze, die für die Anlage einer Siedelung in Betracht kommen konnten, in Augenschein zu nehmen, um ihre Landsleute belehren zu können; sie empfangen aber auch die Vollmacht, alle Wünsche und Bemerkungen der Tiroler der Regierung zur Kenntnis zu bringen; der Kaiser förderte ihre Aufgabe noch dadurch, daß er den Behörden befahl, alles schnell durchzuführen, was sich in ihren Vorschlägen als annehmbar und zweckmäßig erweise. Hofkammerpräsident Wallis erließ an die ungarischen Finanzbehörden den Befehl²⁾, die Reise der beiden Abgeordneten tunlichst zu fördern, sie augenblicklich nach ihrer Ankunft in Pest nach Temesvár zu schicken und ihnen alle Anweisungen behufs Erleichterung der Reise zu geben; die Kameralverwaltung in Temesvár wurde verhalten, einen der deutschen Sprachkundigen Beamten beizustellen, ihnen alle für die Siedelung geeigneten Örtlichkeiten zu zeigen und sie nach der Rückkehr über das Ergebnis zu vernehmen.

¹⁾ Hofdekret an Wallis, Laxenburg, 17. August 1810.

²⁾ Weisung, Wien, 18. August.

Der Abgang der Siedler nach dem Banate hatte hiedurch abermals eine Verzögerung erfahren; es ist daher begreiflich, daß die Polizeihofstelle den beiden Kundschaftern nahe legte, tunlichst rasch die Reise anzutreten, um recht bald den Landsleuten in Wien Nachricht senden zu können; Hager bot beiden die Summe von 300 fl. als Vorschuß für die Fahrt¹⁾. Im Herbste des Jahres 1810 besichtigten sie alle in Aussicht genommenen Siedelungsstellen.

Für die Plätze in den Niederungen der Theis im Torontaler Komitat vermochten sich beide hauptsächlich mangels geeigneten Trinkwassers nicht zu erwärmen; weit besser gefielen ihnen die verschiedenen Prädien am Westabhange des Banater Berglandes im Temeser Komitat. Mit der von der Regierung zgedachten Baustelle im Füzesser Tale, die einen Flächenraum von 5757 Joch umfaßte, erklärten sich beide trotz der nicht allzugünstigen Beschaffenheit des Ackergrundes einverstanden, wenn ihre weiteren Wünsche über die Durchführung der Siedelung, von denen unten die Rede gehen wird, berücksichtigt würden.

Die Kameralbehörden des Banates scheinen zwar die Tiroler aufmerksam gemacht zu haben, daß dieselbe Baustelle schon im Jahre 1808 hundert ungarischen Familien zugewiesen worden war, die jedoch gerade wegen der ungünstigen Trinkwasser- und Verkehrsverhältnisse das Weite gesucht hatten, ohne auch nur einen Spatenstich getan zu haben. Mit Rücksicht auf diese Vorgeschichte scheint der Banater Mappierungsdirektor Josef von Frankenbusch gegen die geplante Siedelung im Tale von Füzés Bedenken erhoben und angeregt zu haben, die Kolonie näher gegen Moritzfeld zu rücken und vorerst durch einige Probebohrungen das Vorhandensein guten Trinkwassers festzustellen²⁾; unglückseligerweise ließen die Kameralbehörden diese wohl begründete Anregung, vermutlich wohl auf die ausdrücklichen Wünsche der Tiroler hin unberücksichtigt.

1) Anweisung vom 18. August 1810.

2) Sayler S. 22.

Ihre Zustimmung zu dem von der Regierung angetragenen Siedlungsplatze verknüpften Speckbacher und Thalgoter noch mit verschiedenen Bedingungen. Das neue Dorf sollte nicht in der Nähe der rumänischen Siedlung Füzés angelegt werden, wo die Weidegründe gemeinschaftlich mit den Wallachen benützt werden müßten, sondern es sollte zwischen den Dörfern Füzés und Doklen erstehen, wo die nach Oraviza führende Straße rechts und links von Hügelgeländen begleitet werde, die als Weingärten gut verwendet werden könnten, wo vermutlich auch gutes Trinkwasser zu ergraben sei; die Anlage des Dorfes wie auch die Zuteilung der Fluren sollte in der Weise vor sich gehen, daß unliebsame Reibungen mit den Nachbarn tunlich vermieden werden können. Die Industrialien, jene Gründe, die obwohl Staatseigentum, den Rumänen zur Anlage von Obstgärten gegen die geringe Pachtsumme von 30 Kreuzern für das Joch überlassen worden waren, sollten, falls sie mit den Gütern in Füzés zusammenhingen, den früheren Nutznießern belassen werden; im Gebiete der künftigen Tiroler Gemeinde gelegene Flächen sollten jedoch abgelöst und die bisherigen Pächter für ihre Verbesserungen auf Kosten des Staates entschädigt werden. Die Kameralbehörden fanden diese Anregungen zutreffend, sowohl um einer Hochwassergefahr auszuweichen, als auch um Streitigkeiten mit den Wallachen vorzubeugen. Auch die weitere Bitte der Tiroler, jeder Familie sollten 1—2 Joch Gründe zur Anlage von Weingärten zugewiesen, diese jedoch wegen der schlechten Beschaffenheit des Bodens in die 3. Steuerklasse eingereiht werden, wird als billig zur Annahme empfohlen. Mit Rücksicht auf die gute Absicht, welche die Bittsteller leitete, wird auch das weitere Verlangen, es solle tunlichst bald zur Erbauung der Kirche, eines katholischen Pfarrhofes und der Schule geschritten werden, mit der Bemerkung gut geheißen, daß diese Last ohnehin der Grundherrschaft obliege, die hiefür das Patronatsrecht in Anspruch nehmen dürfe. Die weiteren Wünsche Speckbachers und Thalgoters betrafen die unentgeltliche Beistellung von Holz, Brettern und Schindeln für den bevorstehenden Bau, die Ausdeh-

nung der Freijahre auch auf jene Abgaben, welche die Siedler für das Komitat zu leisten hätten, die Ablösung des Roboters auf weltweite Zeiten; die Siedler sollten ferner von der Rekrutierung befreit, der Gebrauch des Stutzens und eines Hausgewehres gestattet werden; an der Kolonie sollten nur solche Tiroler teilnehmen, die sich im letzten Kriege ausgezeichnet hätten und sich auf ein Zeugnis Speckbachers oder Thalgutens berufen könnten; zur Unterstützung der Ankommenden sollte sofort ein Teil der Gründe durch die Herrschaft angepflanzt werden.

Die Banater Kameralverwaltung mußte die Bewilligung dieser Wünsche der Gnade des Kaisers überlassen; sie verhielt sich jedoch gegen diese und andere Bitten der Tiroler durchaus nicht ablehnend. Diese hatten ferner ein Vorzugsrecht bei Verpachtung der angrenzenden Industrialien, Befreiung von den Leistungen für die benachbarten staatlichen Bergwerke, das Holzbezugsrecht aus den überständigen Waldungen gegen Entrichtung der normalmäßigen Taxe wie auch einen herrschaftlichen Beitrag zur Unterhaltung des Lehrers verlangt; das weittragende Ersuchen, einen Ortsrichter aus der Mitte der Siedler wählen zu dürfen, änderte die Banater Kameral-Administration dahin ab, die Gemeinde solle das Recht erhalten, aus drei von der Regierung vorgeschlagenen Männern einen wählen zu dürfen.

Schon die ungarische Hofkammer, die das Gesuch samt dem Gutachten der Unterbehörden an das Hofkammerpräsidium weiter leitete, war in der angenehmen Lage, bei ziemlich einigen Punkten, auf die schon erflossenen Entscheidungen des Hofes hinweisen zu können, hielt sich jedoch im Vortrage an den Kaiser ziemlich genau an die Anträge der ungarischen Hofkammer. Der Monarch hielt sich in seiner endgültigen Entscheidung an die Abänderungen, welche der Staatsrat in dieser Angelegenheit für nötig fand¹⁾.

Die Bitte um Beistellung der Baumaterialien war hinfällig, da ja der Staat selbst den Neubau durchführte; die Robot-

¹⁾ W. St. A. St. R. 1810. Nr. 3178.

leistungen sollten von 6 zu 6 Jahren durch ein gütliches Übereinkommen abgelöst werden können; nur die im Land geborenen Söhne sollten zum Militärdienste verpflichtet sein und hiebei in ein Jägerbataillon eingereiht werden. Welche Tiroler zur Teilnahme an der Siedelung zugelassen werden sollten, möge die Tiroler Hofkommission entscheiden, die unter dem Vorsitze des Kanzlers Grafen Ugarte gebildet worden war; Hormayr und Roschmann sollten ihr die entsprechenden Gutachten vorlegen. Unter gleichen Umständen wird den Tirolern bei Verpachtung der Industrialien der Vorzug eingeräumt; jedoch müßten alle diese Güter auf dem Wege der Versteigerung vergeben werden. Für die Befreiung der Tiroler von montanistischen Leistungen seien die bestehenden Verträge entscheidend; um einen Seelsorger für die Kolonie zu erhalten, mögen mit dem Erzbischof von Wien Unterhandlungen eingeleitet werden. Alle übrigen Anträge der Hofkammer erhalten die volle Genehmigung des Kaisers; auch die angeregte Vertauschung der Gründe wird von ihm mit der Bemerkung gutgeheißen, daß sie auf gerechte Weise erfolgen solle¹⁾. Hatten auch nicht sämtliche Wünsche der neuen Siedler Berücksichtigung finden können, so tritt doch in allen Entscheidungen des Hofes das wohltuende Bestreben zutage, ein billiges Entgegenkommen zu zeigen, soweit nicht die Interessen des Fiskus zu sehr in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Die Entscheidung des Kaisers wurde selbstverständlich durch den Grafen Wallis allen untergeordneten Behörden mitgeteilt; durch ein Versehen war die Benachrichtigung des Grafen Ugarte unterlassen worden, dem ja die Entscheidung über die Zulassung übertragen worden war. Als Vorsitzender der Tiroler Hofkommission erbat er sich daher die Zusendung aller die Siedelung betreffenden Erlässe des Kaisers, um dessen Willensmeinung möglichst genau entsprechen zu können²⁾; er empfing nun tatsächlich fast umgehend Abschriften aller an

¹⁾ Entscheidung vom 19. November 1810. W. St. A. St. R. 1810. Nr. 3178.

²⁾ Ugarte an Wallis, 2. Dezember 1810.

den Hof gerichteten Anträge wie auch der hierüber gefällten Entscheidungen¹⁾.

Am 10. Oktober 1810 waren Speckbacher und Thal gutter von ihrer Inspektionsreise nach Wien zurückgekehrt; sie hatten sofort in einer Audienz beim Kaiser über die Erfolge Bericht erstattet, der sie in diesen Fragen an den Hofkammerpräsidenten Wallis wies. In einer Aussprache mit diesem erklärten sie sich mit dem zugewiesenen Boden einverstanden, wiederholten die schon erwähnten Wünsche und ergänzten sie dahin, daß ein Tiroler als Kommissär die Anlage der Siedelung leiten solle, daß ferner, um den wirklich Notleidenden ausgiebige Unterstützung bieten zu können, nur jene Aufnahme finden sollten, deren Verdienste durch eine Kommission bestätigt würden, die aus zwei Tirolern und einem Vorarlberger zusammengesetzt werden sollte. Beide hatten die baldige Erledigung dieses Ansuchens mit der Bemerkung betrieben, daß Speckbacher rasch in die neue Heimat abzugehen wünsche, um die ankommenden Landsleute in Empfang zu nehmen, während Thal gutter die Aufgabe übernommen hätte, nach Tirol zu gehen und seine und Speckbachers Familie nach Ungarn zu geleiten.

Anläßlich einer neuen Einvernahme erklärten sie sich wiederum mit den zugeteilten Gründen einverstanden, wollten allerdings auch das Prädi um Gyula ebenfalls für die Siedler vorbehalten wissen; beide wünschten ferner, daß die Durchführung der Neugründung dem Ingenieur Witsch abgenommen und den Landsleuten Hormayr und Roschmann übertragen werde; da infolge des rapiden Kurssturzes der Bankozettel die gewährten Unterstützungsbeiträge nicht im entferntesten mehr ausreichten, beantragten sie ferner, daß die Unterstützungen entweder in klingender Münze bezahlt, oder daß der faktische Kurswert berücksichtigt werden möge.

Wallis unterbreitete auch diese Wünsche der Entscheidung des Kaisers; er verwies auf den Umstand, daß die für die Kolonie ausersehenen Gründe in fruchtbarer Mittelgebirgslage

¹⁾ Wallis an Ugarte, 13. Dezember 1810.

sich befänden, daß durch Zusammenlegung Raum für 140 Familien gewonnen werden könnte; da erst 30 sich gemeldet hätten, sei das Verlangen wohl gegenstandslos. Die Forderung nach Berücksichtigung des Kurswertes der Bankozettel findet die Hofkammer wegen der bedenklichen Konsequenzen ganz unannehmbar; Witsch hatte bereits den Abschied erhalten; das Begehren, Hormayr und Roschmann sollten zu Kommissären ernannt werden, beantwortet die Hofkammer damit, daß sie Speckbacher und Thalgueter hiezu vorschlägt.

Die Zentralstellen holten zuvor noch die Meinung des Staatsrates ein. Bedekovits rügte vor allem die eigenartige Behandlung der die Siedlung betreffenden Fragen, da nie der gesamte Akt, sondern immer nur einzelne Schriftstücke zur Begutachtung vorgelegt würden; aus diesem Grunde erklärt er sich außer stande, in den meritorischen Inhalt der Frage einzugehen, findet aber die Forderung nach Berücksichtigung des Kurswertes einfach „ungeheuerlich“; er sucht auch der ungarischen Hofkammer, deren Rechtfertigung über die Bestellung des Ingenieurs Witsch nicht völlig befriedigte, durch die Bemerkung aus der Klemme zu helfen, einst sei ja auch der Hof hiemit völlig einverstanden gewesen¹⁾.

Fast ein halbes Jahr bevor alle die Siedlung betreffenden Fragen in der erwähnten Weise ihre Erledigung fanden, waren die ersten Tiroler in die neue Heimat aufgebrochen²⁾; ihr Geschick gestaltete sich wahrhaft erschütternd. Die unfreiwillige lange Rast in Ofen zehrte rasch den spärlichen Reisevorschub auf, welchen sie in Wien erhalten hatten; die ungarische Hofkammer zahlte daher die zweite Rate von 30 fl. aus, ein Vorgehen, das der Hof völlig billigte. Des Zuwartens müde zogen sie dann auf eigene Faust in das Banat weiter.

Im Herbst 1810 folgten verschiedene andere, zumeist junge Leute und Stellungsflüchtlinge. In dem Augenblicke, als die Schifffahrt auf der Donau und den Kanälen eingestellt wurde, reichte der für die Reise ausgeworfene Betrag keines-

¹⁾ W. St. A. St. R. 1810. Nr. 3023.

²⁾ Siehe das Verzeichnis der ersten 13 Siedler bei Saylor S. 23.

wegs mehr zu. Nach ihrer Rückkehr verwiesen Speckbacher und Thal gutter auf diesen Umstand und beantragten auch für die Familienmitglieder der Siedler entsprechende Beiträge und zwar für jede Frau 50 fl., für jedes Kind 25 fl. Die Hofkammer bestätigte die Richtigkeit des Tatbestandes, schraubte die Forderungen für jede Frau auf 30, für jedes Kind auf 15 fl., für jeden Dienstboten auf 20 fl. zurück¹⁾. Der Kaiser trat dieser Anregung mit der Einschränkung bei, daß für Kinder unter 7 Jahren nur 8 fl. zu bezahlen wären, daß ferner die erste Hälfte des Reisegeldes in Wien, die zweite in Ofen anzuweisen sei²⁾.

Durch die langen Vorverhandlungen über die Anlage der Siedelung war begreiflicherweise der Beginn des Baues vereitelt worden. Da jene Kolonisten, die sich bereits im Banate befanden, den Winter durch versorgt werden mußten, hatte der Kameralbeamte Karl Richter in Detta nach dem Auskunftsmittel gegriffen, sie bei den dortigen deutschen Untertanen einquartieren und verpflegen zu lassen. Wohl waren für den Unterhalt täglich 30 Kreuzer angewiesen worden; der Beamte bemühte sich überdies nach besten Kräften, den Armen noch Verdienst zu verschaffen. Allein die Ankunft der Leute war zu einer Zeit erfolgt, als der Winter vor der Türe stand; es fand sich nur selten eine passende Arbeitsgelegenheit; daher steigerte sich die Not der Heimatslosen mit jedem Tage.

Die Untertanen in Detta waren über die unvermutete Last auch nicht sonderlich erfreut, die ihnen mit den Siedlern aufgehalst wurde; der Beamte war gezwungen, sie an die Wohltaten zu erinnern, die ihnen bei ihrer Ankunft zuteil wurden, um sie zur Aufnahme der Tiroler zu bewegen. Die ungeordnete Lebensweise wie auch die fremdartigen klimatischen Verhältnisse schädigten die Gesundheit der Angekommenen. Mit rühmenswertem Eifer nahm sich der Chirurg in Detta Franz Jäger der Kranken an und reichte ihnen um Gotteslohn die

¹⁾ Vortrag des Grafen Wallis, 16. November 1810.

²⁾ Weisung an die ungarische Hofkammer, 29. November 1810.

notwendigen Heilmittel; er erhielt später durch die ungarische Hofkammer in Naturalien (Holz) eine kleine Entschädigung ausbezahlt.

Ein Brief, den Michael Niedermayr von Detta aus an Speckbacher richtete und den dieser als sprechendes Zeugnis für die Hilfsbedürftigkeit der Siedler den Behörden vorlegte, beschwört den Empfänger, mit allen Mitteln sich beim Kaiser für die Tiroler zu verwenden, damit sie nicht Hungers sterben müßten. Mit 30 Kreuzern sei es unmöglich, das Leben zu fristen; von diesem Betrage müßten täglich 15 — man erinnere sich an den gewaltigen Kurssturz der Bankozettel — für das Seidel Wein gegeben werden, das jeder der Weisung des Arztes gemäß trinken müsse; für den Rest sei nicht einmal eine Suppe zu erhalten. Arbeit sei keine zu bekommen, der Winter stehe vor der Türe und „rauben und stehlen wie die Wallachen würden die Tiroler wohl nicht dürfen“. Speckbacher möge sich verwenden, daß jedem mindestens 1 fl. 9 kr. Unterhaltungsbeitrag und ein Vorschuß zur Anschaffung von Winterkleidern angewiesen werde, widrigenfalls alle zur Rückkehr gezwungen seien. Niedermayr wehrt sich mit allem Nachdrucke gegen den Versuch, das Dorf in unmittelbarer Nähe von Moritzfeld zu erbauen. Speckbacher möge, so schließt der Brief, entweder bald schreiben oder selbst kommen¹⁾.

Der Kameralbeamte von Detta hatte die Notwendigkeit einer Unterstützung anerkannt und die Ausfolgung von 1 Metzen Brotfrucht, mehreren Woldecken und 75 fl. Unterstützung zur Anschaffung der Winterkleider angeregt; als die Not sich immer mehr steigerte, hatte er auf eigene Faust gehandelt, einen Teil des herrschaftlichen Getreides mahlen und an die Siedler verteilen, ihnen auch Rindfleisch, Gemüse und Speck verabreichen lassen; die Hofkammer war damit völlig einverstanden, beauftragte den Beamten zur sofortigen Berichterstattung, falls sich noch andere Bedürfnisse bemerkbar machten, betonte jedoch, daß die hiebei aufgewandten Beträge dereinst zugleich mit den

¹⁾ „An Speckbacher beim goldenen Hirschen am Neubau“ Nr. 186. Detta, 1. November 1810.

erhaltenen Vorschüssen rücker setzt werden müßten¹⁾. Letzt-erwähnter Umstand mußte vielleicht aus dem Grunde besonders scharf hervorgehoben werden, da unter den älteren Kolonisten sofort Proteste gegen die den Tirolern gewährten Begünstigungen laut wurden, die ähnliche Vorteile auch für sich verlangten.

Der Notschrei aus dem Banate wurde durch Speckbacher sofort dem Kaiser zur Kenntnis gebracht; dieser forderte in einem Handschreiben den Hofkammerpräsidenten Wallis auf, dem Mangel an Lebensmittel abzuhelfen; daher erging an die Unterbehörden die Weisung, alles zu tun, was angesichts des bevorstehenden Winters notwendig scheine. Als nun die oben erwähnte Entscheidung der Hofkammer ihm vorgelegt wurde, die bezüglich der Fürsorge für die Bedrängten beruhigende Auskünfte bot, allerdings auch vom Rückersatz der aufgewendeten Beträge sprach, verpflichtete Kaiser Franz die Unterbehörden nochmals zu genauer Befolgung seiner Weisungen und wünschte dereinst die Anzeige, wie hoch sich die den Siedlern gewährten Vorschüsse beliefen; aus der Formulierung dieser Entschlie ßung schimmert deutlich die Absicht durch, solche nur schwer einbringliche Beträge dereinst durch die Staatskasse decken zu lassen²⁾. Selbstverständlich erhielten die Unterbehörden auch hievon umgehend Kunde.

Um den Leuten Arbeit zu geben, fragte die ungarische Hofkammer über Antrag der Banater Kameralverwaltung in Wien an, ob jene Ankömmlinge, die sich für den Bergwerksbetrieb eigneten, in den staatlichen Eisenwerken von Oraviza verwendet werden dürften; selbstverständlich erfolgte eine zustimmende Antwort. Leider entzieht sich unserer Kenntnis, wie viele Tiroler nach diesem Auskunftsmittel griffen.

Als der kaiserliche Befehl, auf Kosten der Kammer für die Tiroler 30 Häuser zu erbauen, an die Temeser Komitatsbehörde weiter geleitet wurde, antwortete diese mit der Bitte,

¹⁾ Bericht und Anträge in der Sitzung der Hofkammer vom 11. Oktober 1810. Entscheidung vom 1. November 1810.

²⁾ Entscheidung des Kaisers, 16. November 1810.

es möge entweder Speckbacher oder Thalgueter in das Banat kommen, um beim Baue als Ratgeber zu dienen. Die Hofkammer trat nun an beide mit dem Ersuchen heran, dem Rufe zu folgen; sie wichen jedoch der Antwort mit der Bemerkung aus, vorerst die Entscheidung des Kaisers auf die von ihnen vorgelegten Bitten abwarten zu müssen. Wallis gab diese Erwiderung dem Hofe mit der Bemerkung bekannt, daß Gefahr im Verzuge liege, falls man noch daran denken wolle, für die Kolonisten die Wintersaaten zu bestellen und die Baumaterialien zuführen zu lassen. Der Zweck wurde wirklich erreicht; sozusagen umgehend entschied der Kaiser die vorgelegten Wünsche zumeist im Sinne der Bittsteller.

Als nun die Polizeihofstelle mit Berufung darauf die schleunige Abreise der beiden betreiben wollte, benützten diese die nicht völlig zusagende Erledigung des Gesuches zu neuerlichen Ausreden. Als nun Hager abermals drängte, sprach Thalgueter von seiner baldigen Abreise nach Tirol, um seine und Speckbachers Familie abzuholen, sowie von der Notwendigkeit seiner Anwesenheit in Wien, um die Erledigung seines Gesuches um Ersatz der von ihm während des Kampfes geleisteten Vorschüsse und Entschädigung für die Dienste zu betreiben; anstatt selbst abzugehen, legte Thalgueter dem Polizeipräsidenten den Gedanken nahe, durch Roschmann auf Speckbacher einwirken zu lassen, er möge sich an die Spitze stellen¹⁾. Es geschah; allein die Vermittlung blieb ergebnislos; Speckbacher führte die Weigerung seiner Frau ins Treffen, die Heimat zu verlassen und in so weite Ferne zu ziehen; sie könne überdies seines Rates nicht entbehren, da in der Heimat eine schwere Seuche ausgebrochen sei, die bereits den halben Viehstand hinweggerafft habe; seine Anwesenheit in Wien erheische auch der Umstand, daß, wie Gerüchte besagten, sein Sohn aus der Erziehungsanstalt in München entlaufen sei; zudem sei seine Gesundheit ganz untergraben; selbst für den Fall, daß ein kaiserlicher Befehl ihn zur Abreise zwänge, wäre

¹⁾ Hager an Roschmann, Wien, 17. Dezember 1810.

nichts erreicht, da er es wegen des Heimwehs in der Ferne nicht aushalten könnte¹⁾.

Die Absage war deutlich genug. Der Verlust war umso empfindlicher, da Speckbacher unter allen Flüchtlingen vielleicht der einzige Mann war, der die Fähigkeiten besessen hätte, sowohl bei der Regierung wie auch bei der bunt zusammengewürfelten Menge der Kolonisten sich vernehmlich zu machen.

Roschmann verhehlte sich die Eigenartigkeit der Haltung Speckbachers wie auch die Verlegenheit, in welche die Regierung durch ihn gedrängt wurde, zwar nicht, wies jedoch auf den Umstand hin, daß die wirklich einzigartigen Verdienste des Mannes billige Rücksichten verdienten, und riet daher, nochmals an Thalgueter heranzutreten, zumal seine Absicht, die Familien aus Tirol abzuholen, augenblicklich wegen der politischen Spannung doch undurchführbar sei, daß die Erlaubnis zur Reise dorthin doch verweigert werden müßte; da auch seine Entschädigungsansprüche endgültig abgelehnt wurden, sei seine Anwesenheit in Wien völlig unnötig; vielleicht seien bis zum kommenden Frühjahr die Angelegenheiten Speckbachers in der Heimat geregelt; dann könnte Thalgueter durch ihn ersetzt werden.

Der Kaiser nahm die wenig erfreuliche Botschaft zur Kenntnis und erteilte abermals den gemessensten Auftrag, zu sorgen, daß den Tirolern im Banat an den nötigsten Unterstützungen nichts ermangle; er machte die Temeser Kameralverwaltung haftbar, daß das Ansiedlungsgeschäft nach besten Kräften gefördert werde²⁾.

Die beiden Männer mochten fühlen, daß sie sich durch ihre Haltung bei den maßgebenden Kreisen nicht sonderlich empfohlen hatten; vielleicht suchten sie die schmerzende Wunde durch ein weiches Pflaster zu schließen. Die Vermutung stützt sich auf ein völlig vereinzelt stehendes Schriftstück, dessen Entstehung in diese Zeit fallen dürfte, worin Speckbacher, Thal-

¹⁾ Roschmann an Hager, 22. Dezember 1810.

²⁾ Entscheidung des Kaisers, Wien, 2. Februar 1811.

guter, Haspinger und ein gewisser Protokollist Kemptner in den ergebensten Worten dem Kaiser für seine Güte, die er den Tirolern durch ihre Ansiedelung bewies, danken und ihm als treue Untertanen aufs neue Gehorsam und Ergebenheit geloben.

Vielleicht mag dieses Pathos auch dazu gedient haben, in verbindlichen Worten die Nachtragsrechnung einzuleiten, die Speckbacher und Thalgueter um die Jahreswende der Hofkammer unterbreiteten. Beide hatten zusammen einen Vorschuß von 1000 fl. erhalten; sie forderten nun noch einen Nachtrag von 173 fl.; am 10. Jänner 1811 wurde die Summe zur Auszahlung angewiesen.

Trotz der nicht allzugünstigen Einleitung wuchs die Zahl derjenigen, welche der neuen Heimat zuströmten, beständig. Wohl waren die meisten ledige Burschen und Stellungsflüchtlinge; wir finden unter ihnen jedoch bereits einzelne Familien, welche die Fahrt in die weite Ferne antraten.

Bereits im März 1811 erhielt auch der einstige Hauptmann Simon Fiechter von Pillersee die Erlaubnis, an der Siedelung teilnehmen zu dürfen; Hormayr hatte in warmen Worten mit dem Hinweis auf die Regsamkeit und Tüchtigkeit des Mannes die Beteiligung begrüßt, angesichts der völlig ungeklärten Verhältnisse scheint es jedoch Fiechter vorgezogen zu haben, vor derhand in die Heimat zurückzukehren; erst im Frühjahr 1813 sandte er seine Familie dorthin voraus; er selbst folgte, nachdem er, der als Mitschuldiger an den Insurgierungsplänen Hormayrs von Bayern verhaftet worden war, wieder die Freiheit erhalten hatte¹⁾. Gleichzeitig war auch das Gesuch des Paul Hilber von Igl, von allen Seiten befürwortet, in zustimmendem Sinne erledigt worden; Hilber zog es jedoch vor, sich in Oberösterreich anzusiedeln²⁾. Frauen, welche ebenfalls um Unterstützungen zur Reise in das Banat einreichten, wurden zum Nachweise verhalten, daß sie mit den nach Südungarn gereisten Tirolern verheiratet seien.

¹⁾ Vgl. P. A. Troger: Simon Fiechter; Anno Neun, XXII. Bdchen, S. 35.

²⁾ H. v. Wörmle: Zwei Tiroler Jungschützen. Anno Neun, XII. Bdchen, S. 58.

Ein Tiroler Josef Springer hatte sich von seinen Landsleuten getrennt und in Detta niedergelassen; mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse genehmigte der Kaiser den außerordentlichen Schritt und bewilligte, ihm ebensoviel an Vorschüssen zuzuwenden, als er zur Anschaffung der notwendigsten Einrichtung benötigte¹⁾.

Der Auswandererstrom war viel zu früh weiter geleitet worden. Als die Siedler in der neuen Heimat ankamen, war sozusagen noch nichts zu finden, da der Bau der Wohnungen erst im Spätherbste in Angriff genommen wurde. Um den Obdachlosen über den zweiten Winter eine bequemere Wohnstätte und einigen Verdienst zu schaffen, wurden diese Tiroler in Werschetz untergebracht; die Hofkammer verfügte überdies, daß ihnen das nötige Klaubholz unentgeltlich zu verabfolgen sei²⁾.

Die Erledigung der Gesuche um Zulassung erfolgte zu meist in der durch die kaiserliche Entschliebung vom 22. November 1810 vorgezeichneten Weise. Die Bitten wurden Hormayr und Roschmann zur Begutachtung zugewiesen; letzterer bemühte sich wiederholt, das scharfe Urteil Hormayrs in günstigem Sinne zu beeinflussen; in einzelnen Fällen wurde auch der Polizeioberkommissär Strobl um seine Meinung gefragt; nach Genehmigung der Gesuche erfolgte dann durch die Hofkammer die Anweisung der Reisevorschüsse. Der kaiserlichen Weisung entsprechend war die Hofkommission bei der Zulassung nicht allzu weitherzig; nicht selten wurden Gesuche an die Bittsteller mit der Aufforderung zurückgeschlossen, die nötigen Zeugnisse beizubringen; mehrere Bewerber wurden mangels jeglicher Verdienste rundweg abgewiesen. Alle Tiroler, welche auch für die Kinder um Auszahlung des Vorschusses ansuchten, wurden verhalten, durch ein amtliches Zertifikat deren Zahl zu beweisen; Frauen, die ihren Männern folgen wollten, mußten in gleicher Weise ihre Verheiratung dartun. Manche hatten der Bitte um Zulassung auch die weitere bei-

¹⁾ Entschliebung vom 24. Jänner 1811.

²⁾ Weisung des Hofkammerpräsidiums vom 12. Dezember 1811.

gefügt, das in der alten Heimat geübte Gewerbe auch in der neuen fortführen zu dürfen; in fast allen Fällen wurde in unverbindlicher Weise erwidert, man müsse erst sehen, wie sich die Kolonie entwickle, bevor über solche Ansuchen entschieden werden könne.

Speckbacher trat in ein immer loserer Verhältnis zu seinen Landsleuten; er hatte ja die Verwaltung des Gutes in Leoding bei Linz übernommen, das aus der kaiserlichen Spende für die Familie des Sandwirtes erworben worden war. Auch Thalgutler suchte sich in kluger Weise aus der Schlinge zu ziehen, die er sich durch seinen bisherigen Eifer geknüpft. Am Beginn des Jahres 1811 verwandte er sich noch mit Speckbacher bei der Hofkammer, es mögen die Vorkehrungen, die zur Unterbringung der Tiroler im Banate getroffen worden seien, tunlichst gefördert werden; ihnen wurde spitzig erwidert, daß alles auf gutem Wege sei, daß die beste Förderung der Kolonie darin bestünde, daß sie sich selbst in das Banat begäben, um die Durchführung der Siedelung zu überwachen¹⁾.

Sichtlich betroffen bemühten sie sich, einen Ersatz zu suchen. Wohl nicht ohne ihr Zutun hatte sich ein gewisser Johann Rauth, ein Posamentierer aus Bozen, in die Zahl der Kolonisten eingedrängt, der sich als Aufseher der ins Banat reisenden Landsleute aufspielte und den Behörden gegenüber nicht allzu bescheiden aufgetreten zu sein scheint. Speckbacher und Thalgutler suchten ihn durch den Hinweis zu stützen, daß es sich durch seine Kenntnisse im Lesen und Schreiben vorzüglich als Führer eigne; trotz dieser Verwendung wurde jedoch Rauth mangels jeglicher Verdienste abgewiesen. Hormayr betonte, daß der Mann der Winkelschreiber aller in Wien weilenden Tiroler sei und Roschmann setzte hinzu, man müsse das Ehrenamt einem Tiroler anvertrauen, der Auszeichnung mit Bescheidenheit zu vereinen wisse.

Thalgutler erfuhr aber noch eine viel empfindlichere Zurückweisung. Als er im Jahre 1810 seine Absicht äußerte,

¹⁾ Antwort, Wien, 28. März 1811.

nach Tirol zu fahren, um die Familien zu holen, riet die Staatskanzlei dringend, die gefährliche Reise zu unterlassen, da für die Sicherheit seiner Person keine Bürgschaft übernommen werden könnte; am 28. März 1811 wiederholte er die Bitte um die Erlaubnis und betrieb die Erledigung mit der Bemerkung, daß sich jetzt eine gute Gelegenheit finde; wir werden es wohl kaum als einen Akt zuvorkommender Höflichkeit deuten dürfen, daß er schon tags darauf die lakonische Antwort empfing, man lege seiner Reise nichts in den Weg. Ungefähr zu gleicher Zeit hatte er dem Hofkammerpräsidium die Bitte vorgelegt, in den deutschen Erbstaaten angesiedelt zu werden; er erhielt die kurze Erledigung, daß hier kein Platz mehr verfügbar sei; es stehe ihm jedoch frei, sich den Siedlern in Banate anzuschließen. Mit der Frau Speckbachers und mehreren anderen Tiroler Führern trat Thalgueter wirklich die Reise in die Heimat an; alle wurden jedoch in Salzburg erkannt, verhaftet und nach München in polizeilichen Gewahrsam gebracht; Thalgueter wurde dann nach Verbüßung der Strafe für die unerlaubte Rückkehr wieder über die Grenze zurückgewiesen¹⁾.

Bei diesem Anlasse sei noch eines anderen Zwischenfalles gedacht, der sich ereignete, als Witsch seine Abenteurerpläne ins Werk zu setzen versuchte. In München erfuhr man bald von den Absichten der österreichischen Regierung, aber auch von den Werbungen für die neue Siedelung; man erhielt die bestimmte Nachricht, daß sich schon im Sommer 1810 Agenten in Salzburg herumgetrieben, ja sogar versucht hätten, mit den Behörden des noch nicht völlig in Bayerns Ämterorganismus eingegliederten Landes in Fühlung zu treten, um den Abgang der Siedler von Regierung wegen zu fördern; wohl nicht mit Unrecht befürchtete man eine ähnliche Agitation auch unter den Bewohnern des Inn- und Hausruckviertels. Der bayerische Oberfinanzrat von Suttner erhielt nun von Seite des Münchener Hofes den Auftrag, den französischen Domänendirektor Brisseau

¹⁾ Vergl. des Verfassers Werk; Geschichte Tirols von 1809—1814. S. 244 ff.

zu verständigen und allen Ernstes diesen Versuchen entgegenzuwirken.

Es war wohl selbstverständlich, daß in erster Linie Tirol das Hauptfeld dieser Werbearbeit bilden werde; daher empfing auch der Hofkommissär Graf Thürheim den gemessenen Auftrag, über diese Umtriebe zu wachen und auch die Unterbehörden in gleichem Sinne zu benachrichtigen¹⁾. Thürheim ließ den Auftrag sofort an alle Landgerichte des Innkreises wie auch an das Generalkommissariat des Eisackkreises mit der Weisung abgehen, vorkommende Fälle ungesäumt zur Anzeige zu bringen²⁾.

Durch eine eigenartige Verwechslung kamen auch Männer in den Verdacht solcher Werbetätigkeit, die es am wenigsten verdienten. Oberfinanzrat Suttner hatte von durchreisenden Tirolern erfahren, die sich rühmten, bei Kaiser Franz eine Audienz erhalten zu haben, der bei diesem Anlasse erklärt hätte, die den Tirolern zugewiesene Gegend habe manche Ähnlichkeit mit dem Heimatlande; jeder Ansiedler erhalte nebst einem neu erbauten Hause und hinreichenden Gründen noch 2000 fl. auf die Hand gezahlt; nur jene, die über ein hinlängliches Vermögen verfügten, sollten zugelassen werden, Gesindel jeglicher Art jedoch ausgeschlossen sein. Der Oberfinanzrat war klug genug, den prahlenden Worten nicht allzuviel Gewicht beizumessen, konnte jedoch die Vermutung nicht unterdrücken, daß Lockrufe solcher Art nicht ohne Absicht in die Menge geworfen würden. Durch einen gewissen Neuböck erfuhr der Oberfinanzrat den Namen eines der Reisenden; es war Georg Brandel, Wirt in St. Margarethen. Hiedurch fiel der Verdacht auf jene Abordnung von 8 Männern, die im Juli 1810 unter der Führung des Schwazer Spitalverwalters Anton Hensinger nach Wien reisten, um für das ganze Gericht, besonders aber für die Bewohner des durch die Kriegsereignisse

¹⁾ Kgl. Erlaß vom 6. August 1810. K. k. Statthaltereiarchiv in Innsbruck Bayerisches Archiv, IV. 2. A. 1.

²⁾ Auftrag Innsbruck, 12. August 1810, ebendort, I. X. 1. C.

des Jahres 1809 so schwer geschädigten Marktes Schwaz eine Hilfe aus den englischen Unterstützungsgeldern zu erbitten¹⁾.

Brandels unvorsichtige Äußerung ließ nun die Rückkehrenden als Förderer, wenigstens aber als Mitwisser der Pläne Österreichs erscheinen und veranlaßte den Befehl der Hofkommission, alle Mitglieder der Abordnung, wo immer sie getroffen würden, genauestens polizeilich zu überwachen. Es bedurfte der ganzen Beredsamkeit des Schwazer Landrichters von Vincenti, der ja die Bittfahrt nach Wien veranlaßt hatte, um den Verdacht zu zerstreuen; ja der Beamte suchte seinen Leuten durch die Behauptung aus der Klemme zu helfen, die unbesonnenen Äußerungen und das Verdacht erweckende Benehmen seien den Angehörigen seines Gerichtes von Marberger, Wild und Konsorten angeraten worden, um die Abordnung selbst verdächtig zu machen und desto leichter ihre eigenen, nicht gerade uneigennütigen Absichten durchführen zu können.

Das energische Vorgehen der österreichischen Regierung gegen die Abenteuerpläne des Ingenieurs Witsch, hauptsächlich aber die geradezu furchtbare Härte, womit Bayern die Vermögensausfuhr nach Österreich zu unterbinden suchte, erstickten übrigens bald jeden Versuch einer Auswanderung in größerem Umfange, vermochten jedoch das tiefe Mißtrauen der bayerischen Behörden nicht zu beseitigen, die wiederholt über die entgegenkommende Haltung Österreichs den Emigranten gegenüber Beschwerde führten.

Die Wahl des Seelsorgers; Streitigkeiten über die Hausanlage; abermalige Aufrollung der Platzfrage.

Kehren wir nach dieser Abschweifung wieder zu unserem Thema zurück! Mit einigen Worten seien noch die Schritte erörtert, welche die Siedler im Vereine mit den Behörden unternahmen, um der Kolonie einen passenden Seelsorger zu verschaffen. Der Kaiser beantwortete das erste Gesuch mit

¹⁾ Vergl. J. Hirn; Englische Subsidiengelder für Tirol und die Emigranten von 1809. S. 51 ff.

dem Befehle, es mögen hierüber Verhandlungen mit dem Erzbischof von Wien eingeleitet werden, damit er aus der Zahl der aus Tirol geflüchteten Geistlichen einen passenden Mann zur Teilnahme an der Siedelung veranlasse. Dem Ersuchen des Grafen Ugarte folgend trat Sigismund Graf Hohenwart mit dem flüchtigen Priester Matthäus Stuefer aus Sarntein in Unterhandlungen, der schon 10 Jahre in der Seelsorge gewirkt hatte, und erhielt dessen Zusage. Schon am 7. März 1811 wurde Stuefer als Seelsorger für die neu gegründete Kolonie bestellt. Bald bestimmten ihn jedoch Gründe, die sich unserer Kenntnis entziehen, vermutlich wohl in den ungeklärten Verhältnissen der Neugründung gesucht werden müssen, auf das ihm übertragene Amt zu verzichten.

Die Tiroler Hofkommission suchte nun den Haudegen Haspinger hiefür zu gewinnen; allein die Bemühung scheiterte; Haspinger hatte bereits die Pfarre Jedlersdorf in der Nähe Wiens erhalten¹⁾. Hohenwart trat nun wieder an alle ausgewanderten Tiroler Priester mit der Anfrage heran, ob sich denn niemand zur Annahme der Stelle bereit finde; endlich ließ sich abermals Stuefer, der als Pfarrhelfer in Steindorf Stellung gefunden hatte, bewegen, seinen Verzicht gegen die Zusage zurückzunehmen, ihn seinerzeit nach Wien wieder zurückzusetzen.

Am 17. Juli 1811 wurde Stuefer vom Erzbischof zum Pfarrer ernannt; die ungarische Hofkammer wurde angewiesen, den Priester in der Pfarre ordnungsgemäß einzusetzen und ihm die kongruamäßigen Bezüge auszuzahlen²⁾. Mit der Begründung, daß er sich als Hilfsprister zu wenig ersparen konnte, um die weite Reise aus eigenen Mitteln zu betreiben, ersuchte Stuefer die Hofkammer um Unterstützung; da auch der Erzbischof kräftige Fürsprache einlegte, empfing er am 22. August 1811 einen Reisevorschuß von 500 fl. in Bankozetteln oder 100 fl. in Einlöschein; wenige Tage hernach scheint er in den neuen Wirkungskreis abgereist zu sein; als wertvolles Ange-

¹⁾ Vergl. P. I. Herzer: P. Joachim Haspinger. Anno Neun, XIV. und XV. Bändchen, S. 112.

²⁾ Auftrag an die ung. Hofkammer, 25. Juli 1811.

binde nahm er als Geschenk des Kaisers ein vergoldetes Holzkreuz mit einem Kreuzpartikel mit auf den Weg. Stuefer wurde im Februar 1818 zum Pfarrer in Temesvár (Josephstadt) ernannt und starb dort als 84jähriger Greis am 8. Jänner 1860¹⁾.

Kaum waren die Schwierigkeiten behoben, welche die Neugründung der Kolonie verursachte, kaum war der endgültige Befehl erteilt, die kaiserlichen Weisungen durchzuführen, türmten sich neue, ungeahnte Hemmnisse empor. Die erste Verzögerung brachten die langwierigen Auseinandersetzungen über die den Siedlern zu erstellenden Gebäude. Nach den Plänen der ungarischen Hofkammern sollten diese aus 2 Zimmern, einer Küche und einer Kammer bestehen; daran schloß sich die Scheuer und ein Stall für 4 Pferde und 6 Kühe²⁾; nach der amtlichen Berechnung wäre jedes Haus auf 1071 fl. 18 kr. W. W. zu stehen gekommen und hätte 732 Zug- und 761 Handrobotschichten erfordert; da in Ungarn Holzbauten gesetzlich unzulässig waren, sollte der Unterbau, wie es in den übrigen Kolonistendörfern geschehen war, aus gestampftem Lehm ausgeführt werden; um weitere Kosten zu ersparen, plante die Regierung, einen der Tiroler mit der Bauaufsicht zu betrauen und die Siedler als Handlanger zu verwenden.

Allein diese waren mit den von der Regierung vorgelegten Plänen nicht einverstanden, verlangten vielmehr ein Haus mit 3 Zimmern, einer Küche und eine Stallung für 4 Pferde und 8 Kühe; die Anlage wäre hiedurch auf 1677 fl. W. W. nebst 1048 Zug- und 1000 Handrobotschichten zu stehen gekommen. Obwohl alle Behörden in den Vorverhandlungen die Pläne der Kameralverwaltung als ausreichend erklärt hatten, traten sie dem Gesuch nicht völlig ablehnend gegenüber; allerdings war dessen volle Berücksichtigung aus dem Grunde unmöglich, da bis zur endgültigen Erledigung der Frage trotz der so langen Verzögerung der Bau bereits begonnen hatte; man entschloß

1) Sayler S. 81. P. A. Troger S. 42.

2) Über die Anlage und die innere Einrichtung der Häuser siehe Sayler S. 48 f.

sich aber, den Wünschen dadurch entgegenzukommen, daß die Wohnungen durch solide Fußböden aus Holz, wie auch durch einen Estrich gegen die Winterkälte, wie auch gegen die Feuergefahr gesichert wurden.¹⁾

Ehe die eben berührte Frage völlig erledigt war, hatten die Siedler eine viel weittragendere aufgerollt und hiedurch überhaupt das ganze Unternehmen in Frage gestellt. Die Erörterung dieser neuen Einwürfe seitens der Regierungsorgane brachte nun so viele schwer kompromittierende Tatsachen ans Licht, daß die warme Fürsorge für die Heimatlosen, die wir bisher beobachten konnten, eine sehr fühlbare Einbusse erlitt.

Schon am 16. April 1811 hatten Speckbacher, Michael Niedermayr und Georg Leitner den Behörden gegenüber die Vertauschung des den Tirolern zgedachten Grundes bei Füzés mit dem Prädium Gyula verlangt, das 1504^{5/16} Joch groß, einerseits an die Puszta, andererseits an die Orte St. Georg, Omoz, Deschanfalva und Buttya grenzte; sie hatten diese mehr als auffallende Bitte damit begründet, daß die Siedelung auf dem angewiesenen Platze nicht bestehen könne, da die früheren Siedler den Platz gerade wegen des ungünstigen Ackergrundes verlassen hätten, da die Erde trocken, furchtbar hart und höchstens zur Anlage von Zwetschkenpflanzungen geeignet sei; in Füzés bedrückten schwere herrschaftliche Lasten die Kolonisten; dort sei das Trinkwasser für Menschen ganz ungenießbar und ungesund; überdies seien die Überschwemmungen durch den Füzés-Bach zu befürchten; diese Gefahr bestehe in Gyula nicht; der Ort liege etwas tiefer im Hügellande und sei auch aus diesem Grunde den Tirolern zuträglicher; die größte Schwierigkeit für die Kolonie in Füzés bestehe in den Industrialien, jenen Gründen, welche den Rumänen gegen geringe Pachtsummen zur Pflanzung von Zwetschkenbäumen überlassen worden waren, und nun ausgetauscht oder abgelöst werden müßten. Die Rumänen seien, so erklären die Bittsteller, nicht zu bewegen, diese Gründe freiwillig den Siedlern zu überlassen;

¹⁾ W. St. A. St. R. 1811. Nr. 1445.

daher sei eine zwangsweise Enteignung erforderlich, welche jedoch den Anlaß zu stetigen Zerwürfnissen bilden müsse. Dem Gesuche war eine offene Erklärung beigefügt, worin die beiden Bauernführer der Kolonie, Michael Niedermayr und Pankraz Falbesoner, wie auch 40 Tiroler beteuerten, daß der Grund für den Ackerbau völlig unbrauchbar sei.

Wir vermögen nicht zu ermessen, wie weit die Darstellung den Tatsachen entspricht, worin sie jedoch einer Übertreibung geziehen werden muß; der Umstand befremdet, daß diese Bedenken erst geltend gemacht wurden, als alle Vorbereitungen für den Neubau bereits getroffen waren, obwohl dereinst gerade dieser Platz gegen die Bedenken der Regierungsorgane gewählt wurde, es befremdet, daß die Einwendungen so spät erhoben wurden, obwohl viele Siedler bereits weit mehr als ein Jahr an der Stätte ihrer künftigen Heimat weilten und bisher noch kein Wort des Tadels gefunden hatten. Das Hofkammerpräsidium in Wien war wie aus den Wolken gefallen; die Behörde erklärte, die Einwürfe ohne eine neue eingehende Untersuchung des Tatbestandes nicht entscheiden zu können.

Bald ließ jedoch ein Bericht der Temeser Kameralverwaltung¹⁾ ein ganz eigenartiges Licht auf diese neue Bitte fallen. Sie protestierte vorerst gegen die Behauptung, daß der Boden unfruchtbar sei, daß ferner in der Gegend ein Trinkwassermangel herrsche; überdies hätte nicht die Grundherrschaft, sondern die Tiroler selbst die Gegend als geeignet gefunden. Jetzt sei die Gewährung der Bitte völlig ausgeschlossen, denn die Baumaterialien seien bereits auf die Baustelle geführt; 320 Joch Gründe seien dort bereits mit Körnerfrüchten aller Art für die künftigen Siedler bestellt. Der ganze Protest sei übrigens durch die Rumänen in Füzés veranlaßt worden, welche die ihnen verpachteten Industrialien nicht herausgeben wollten; um dies zu hintertreiben, hätten sie Niedermayer und Leitner 1500 fl. in Bankozetteln bezahlt und auf diese Weise den Widerspruch erwirkt.

1) Bericht der ungarischen Hofkammer, 30. April 1811.

Das Präsidium der Hofkammer war durch diese Erklärung überrascht; wir ersehen aus der Erwiderung, daß man in Wien der nüchternen Deutung keinen Glauben schenken wollte; man forderte vor allem den Ausweis, wie viel die Ablösung der von den Rumänen gepflanzten Zwetschkenbäume koste, ob die Ablösungssumme wirklich den Tirolern zur Last falle; man heischte Aufklärung, ob die Beschuldigung wirklich auf Wahrheit beruhe, ob die erwähnte Summe etwa nicht ein Darlehen gewesen sei, welches den beiden gewährt wurde; man verhielt überdies die Hofkammer, die Siedler von den Schwierigkeiten zu überzeugen, welche die Berücksichtigung ihrer Wünsche veranlassen müßte.

Die Kämeralbehörden waren offensichtlich der Meinung, durch ihre nüchterne Deutung die Einwände endgültig abgetan zu haben; sie legten die Baupläne und Kostenvoranschläge vor und betrieben die schleunige Erledigung mit der Begründung, daß sonst nicht mehr an die Fertigstellung der Gebäude gedacht werden könnte, daß in diesem Falle die Verpflegung der im Banat eingetroffenen Siedler — dort waren bereits 67 Familien erschienen — den Winter über dem Fiskus recht schwer fallen müßte.

In der Sitzung der Hofkammer vom 25. April 1811 wurden die Wünsche der Tiroler hinsichtlich der Erweiterung der Wohnungen, wie auch diese entschiedene Ablehnung des Baugrundes gemeinschaftlich verhandelt; wir erörterten bereits oben, wie die Regierung wenigstens in der ersterwähnten Frage einiges Entgegenkommen zeigte; die Umtriebe, welche in der zweiten Bitte Ausdruck fanden, finden die Räte der Hofkammer zwar erklärlich, da gar manche der Siedler auf ihrer Durchreise die fetten Gründe im oberen Banat gesehen hätten; jedoch um nicht alle bisher gebrachten Opfer als zwecklos abschreiben zu müssen, raten sie zu einer Radikalkur, die auch der Staatsrat vollinhaltlich billigte. Die Tiroler sollten protokollarisch einvernommen werden, ob sie mit dem von der Regierung angewiesenen Platze einverstanden seien oder nicht. Auch der Kaiser war sichtlich etwas ärgerlich geworden; er fällte die Entschei-

dung in gleichem Sinne, die Siedler zu befragen, ob der Platz „anständig“ sei; er setzte aber fast begütigend hinzu: die Äußerungen seien mit dem Gutachten der Behörden ihm wieder vorzulegen. Sofort ergingen die entsprechenden Weisungen an die ungarische Hofkammer; die Behörden des Banates erhielten noch die Aufgabe, den Siedlern, falls sie wirklich bei ihrer Forderung nach dem Prädium Gyula beharrten, die Schwierigkeiten vor Augen zu stellen, welche eine so späte Änderung des Platzes verursache, überdies zu betonen, daß die Verzögerung des Baues nur ihnen selbst zum Schaden gereiche.¹⁾

Vermutlich als Antwort auf diese ernstesten Vorstellungen richteten Georg Niedermayr und Georg Leitner am 1. Juli 1811 in dieser Angelegenheit ein zweites Gesuch an die Hofkammer. Sie betreiben abermals die Vertauschung und begründen die Bitte damit, daß in Gyula auch eine Industrie möglich, der Ackerboden wesentlich ergiebiger sei und die Lage den Siedlern besser zusage. Wohl als Gegenhieb gegen die Darlegungen der Banater Kameralbehörden flechten sie heftige Klagen über den Temeser Kameralverwalter v. Raunacher ein, der die Tiroler unbedingt bei Füzes ansiedeln wolle; der Beamte wird als Zeuge für die Berechtigung der Wünsche ins Treffen geführt; habe er doch einst den Boden bei Füzes als den schlechtesten in der ganzen Umgebung bezeichnet; jetzt bemühe er sich freilich, die unbedachte Äußerung abzuleugnen.

Ein Gesuch ähnlichen Inhaltes wurde auch der ungarischen Hofkammer übergeben; in ihm steifen sich die Tiroler nicht mehr auf das Prädium Gyula, sondern erklären sich auch mit der Anlage der Siedelung in Schest, der Gegend zwischen Moritzfeld und Ferendia zufrieden; die ungarischen Behörden beantragten unbedingte Ablehnung der Beschwerde; sie war nämlich nun in der Lage, auch auf die übrigen vom Hofkammerpräsidium vorgelegten Fragen die bündigste Antwort zu geben. Nach den ersten Berechnungen wäre es allerdings ein kostspieliges Unternehmen gewesen, die Obstgärten abzulösen, um die Gründe

¹⁾ Weisung an die ungarische Hofkammer, 22. Mai 1811.

den neuen Siedlern zuzuweisen; war doch zuerst der Wert der Bestockung mit 336.631 fl. 15 kr. angegeben worden. Bald stellt sich heraus, daß dieser Betrag viel zu hoch gegriffen war; die Summe konnte dadurch beträchtlich herabgesetzt werden, daß alle Bäume, welche noch nicht zu groß waren, in die neuen Güter der Wallachen übertragen werden sollten. Die ungarische Hofkammer erklärte übrigens jede Sorge der Tiroler über diese Frage als gegenstandslos, da die Ablösungsbeträge jedenfalls vom Staatsschatze zu tragen seien.

Die Kameralverwaltung bot auch über jene heikle Frage Auskunft, welche den Anlaß zur Quertreiberei gegeben. Nach eingehenden Besprechungen mit den wallachischen Nachbarn hätte Michael Niedermayr mit seinen Helfershelfern Pankraz Falbesoner und Johann Weixelberger 29 Tiroler verleitet, einen anderen Platz zu suchen; jedoch 24 hievon hätten sich inzwischen belehren lassen, seien nach Füzés zurückgekehrt und hätten sich mit dem dortigen Platze zufrieden gegeben. Die Summe von 1500 fl. wurde von 2 Rumänen in Füzés, Andrey Akim und Jon Bescher, den Sprechern der Tiroler unter dem Vorwande vorgestreckt, ihnen die Reise nach Wien zu ermöglichen, um die Zuweisung eines anderen Platzes zu betreiben. Gelingen der Versuch, so sollte der Betrag als Geschenk der Rumänen betrachtet werden, wenn nicht, sollten sie ihn wieder ersetzen müssen. Daß die Summe tatsächlich als Bestechung gedacht war, schließt die Hofkammer aus dem Umstande, daß von allen Tirolern, die an der angewiesenen Stätte zu verbleiben gedachten, kein einziger einen Pfennig empfing. Da das von den Siedlern verlangte Gebiet im Komitat Krassova liege, erklärt sich die Temeser Kameralverwaltung außerstande, Vergleiche zwischen beiden Plätzen anzustellen; die Kameralbehörde betont jedoch, daß 29 echte Bauernfamilien mit dem angewiesenen Boden vollauf zufrieden seien, daß die Klagen über das Trinkwasser und die Unfruchtbarkeit des angewiesenen Gebietes kaum aufrecht erhalten werden könnten; gerade dieses Jahr erwarteten die Tiroler von den für sie bestellten Feldern eine reiche Ernte; unzufrieden seien gerade jene Elemente, die

von der Landwirtschaft nichts verstünden, die auch an der neuen Stelle nur die Vorschüsse verzehren und die Zeit vergeuden, sicherlich sich jedoch nicht ansiedeln würden. Bei Füzès seien 160 Joch mit Winterfrüchten, 120 mit Hafer und 40 mit Mais bestellt; durch Nachgiebigkeit würde diese ganze Mühe wie auch die bisherigen Auslagen von rund 60,000 fl. wertlos.

Da die neuerlichen Bitten sich als Intrigenspiel, angezettelt von den Wallachen, entpuppten, da die anständigen Familien vollkommen zufrieden seien, solle die Behörde, so schließt die Temeser Kameralbehörde ihren Bericht an die ungarische Hofkammer, auf ihrem Standpunkte beharren.

Auch das Präsidium der Hofkammer pflichtete dieser Auffassung bei; in Wien wünschte man nur, die Ablösung der Industrialien möge recht bald erfolgen, da die bisherigen Besitzer sicherlich nicht früher weichen würden, bis sie die Entschädigung erhalten hätten; ferner müsse bei der neuen Abschätzung volle Gerechtigkeit gewahrt werden, um zwischen beiden Nationalitäten ein tunlichst freundliches Verhältnis anzubahnen; das Geldgeschenk von 1500 fl. sollte als Privatangelegenheit zwischen den wallachischen Geldgebern und den zwei Tiroler Führern erklärt werden.

Was die Temeser Kameralverwaltung meldete und die ungarische Hofkammer bestätigte, legte Wallis mit den eben erwähnten Anträgen dem Kaiser vor. Auch der Staatsrat erblickte den Grund der zerfahrenen Verhältnisse in den Quertreibereien des Michael Niedermayr, der übrigens gar nicht unter die Zahl der Siedler gehöre, sondern durch die Eigenmächtigkeit des Ingenieurs Witsch Aufnahme gefunden habe und sich nun ohne jede Berechtigung als Vorsteher der Kolonie aufspiele; da neue Berichte, die Wallis durch die Polizeibehörden wie auch durch den Vorsteher der Gemeinde Seelos eingeholt hatte, die Richtigkeit dieser Auffassung bestätigten, Niedermayr als Ränkeschmied bekannt und wegen seiner unbedachten Äußerungen gegen die Regierung bereits mit den Polizeiorganen in unliebsame Berührung geraten sei, da sich schließlich keine ge-
deihliche Entwicklung der Kolonie erwarten lasse, solange nicht

diesen Umtrieben ein Riegel geschoben werde, hatte schon Wallis seinen Bericht mit dem Antrage geschlossen, die beiden als unruhige Köpfe ein- für allemal auszuschließen.

Auch der Staatsrat war dieser Meinung; allerdings rügte er die ungehörige Haltung des Kameralbeamten, der, wie sich aus einem Briefe an Speckbacher deutlich ergab, zuerst den Boden bei Füzès als zur Ansiedelung ungeeignet erklärt hatte und nun in den offiziellen Berichten gerade das Gegenteil behauptete; der Staatsrat verlangt, daß der Mann hierüber nachdrücklich zur Rechenschaft gezogen werde.

Wie wir aus dem Wortlaute der Entscheidung¹⁾ zu erschließen vermögen, war der Kaiser über die geringschätzende Wertung seiner Bemühungen aufs höchlichste erzürnt; mit einem kräftigen Griffe erstickte er für alle Zukunft diese lähmenden Regungen, indem er verfügte: Beim Orte Füzès habe es sein Bewenden: den Tirolern sei dies mit dem Zusatze zu eröffnen, jedem, welchem der Platz nicht taue, stehe es frei, sein Glück anderswo zu suchen; allein auf die Unterstützung der Regierung hätten die Unzufriedenen nicht mehr zu rechnen. Niedermayr und Leitner hätten sich völlig eigenmächtig zu Vorstehern der Kolonie aufgezwungen; hiedurch hätten sie die Gnade verscherzt, sollten entfernt und ihrem Schicksale überlassen werden; keinem der beiden sei mehr ein Vorschuß zu verabfolgen; es bleibe der Hofkammer anheimgestellt, den Versuch zu machen, ob nicht die ihnen bisher ausbezahlten Gelder wieder hereingebracht werden könnten. Das von den Wallachen vorgestreckte Reisegeld brauchten die übrigen Tiroler nicht zu ersetzen; die Summe solle als Privatforderung gegen Niedermayr und Leitner betrachtet werden.

Die beiden Hauptschuldigen wurden nun tatsächlich vor die Türe gesetzt; sie versuchten es wohl, dagegen Beschwerde zu führen und baten, sie doch derselben Wohltaten teilhaftig werden zu lassen, welche die übrigen Tiroler genössen, da sie auf unbegründete Angaben hin ausgeschlossen worden seien;

¹⁾ Wien, 31. Oktober 1811.

der Erfolg war vorauszusehen; die Hofkammer wies das Gesuch in barschen Worten ab.¹⁾ Man pfändete sodann jenen Teil der Früchte, der den beiden zufallen sollte, konnte jedoch die Forderungen der Herrschaft damit noch nicht decken; denn Niedermayr blieb noch 601 fl. 13 $\frac{1}{4}$ kr. und 14 $\frac{1}{4}$ Metzen Früchte, Leitner 280 fl. und 7 $\frac{3}{4}$ Metzen Früchte schuldig. Die Hofkammer billigte dies Verfahren, wandte sich aber an die Polizeihofstelle mit dem Ersuchen, den Aufenthaltsort der beiden erkunden zu lassen, um wenn möglich, noch mehr hereinzubringen. Beide Betroffenen wandten sich nun in einem Majestätsgesuche an den Kaiser selbst, um die Zurücknahme der Aussperrung zu erreichen; sie müssen es verstanden haben, das Mitleiden des Monarchen zu erregen, der inzwischen die Vorgeschichte vergessen zu haben scheint; denn seine Entschließung holte Aufklärung über die Gründe dieser Maßregel ein und fragte an, ob sich denn beide früher keine Verdienste erworben hätten.²⁾ Als jedoch Wallis die wichtigsten Vergehen dem Kaiser in die Erinnerung zurückrief und jedes Verdienst in Abrede stellte, billigte Franz das Vorgehen der Hofkammer;³⁾ eine Entscheidung über den von den Wallachen gegebenen Reisevorschuß wurde dadurch unnötig, daß diese auf den Rückersatz der Summe verzichteten.

Die fast unerschwingliche Summe, welche die Rumänen für die Ablösung ihrer Obstbaumpflanzungen forderten, wurde durch eine neue Schätzung auf 27.411 fl. 14 kr. herabgesetzt; die Summe sollte, so entschied die Hofkammer, augenblicklich angewiesen und die hiedurch gewonnenen Gründe den Siedlern zugeteilt werden; man überließ es den herrschaftlichen Kameralbehörden, Anträge darüber zu erstatten, wie viel hiervon von der Herrschaft getragen, wie viel den Siedlern überbunden werden sollte. Für den Bau des Dörfchens wurden 32.135 fl. 24 kr. in Einlösscheinen angewiesen; ohne jede Verzögerung

¹⁾ Entscheidung, 30. April 1812.

²⁾ Entschließung, Prag, 2. Juni 1812.

³⁾ Entschließung, Karlsbad, 3. Juli 1812.

sollte, so erging der Befehl an die ungarische Hofkammer zur Durchführung des Baues geschritten werden, der nach den vorgelegten Plänen mit Berücksichtigung der den Siedlern zugestandenen Abänderungen erfolgen sollte; der Kameralpräfekt wird persönlich verhalten, fortlaufend den Fortschritt zu überwachen; er wird weiterhin verpflichtet, zu sorgen, daß stramme Ordnung beobachtet und mit den staatlichen Baumaterialien sparsam umgegangen werde. An Stelle des entlassenen Michael Niedermayr wird Eusebius Steck zum Vorsteher der Kolonie ernannt und ihm die Aufsicht übertragen.

Die Durchführung der Bauten; neue Hemmungen.

Mit fast übermenschlicher Hast wurde nun tatsächlich der Neubau durchgeführt; soll doch gemäß einer von mehreren Seiten überlieferten Legende der ungarische Hofkammerpräsident Almassy in der Betreibung so weit gegangen sein, daß er allen Beamten im Falle offensichtlicher Nachlässigkeit die Strafe des Hängens angedroht habe. Tatsächlich gelang es noch im Jahre 1811, die bewilligten 30 Häuser, allerdings nur im Rohbau, fertig zu stellen.

Die Neuanlage der Siedlung fiel in eine recht ungünstige Zeit; der Staatskrach des Jahres 1811 hatte den ganzen öffentlichen Kredit untergraben; dieser Umstand äußerte sich am fühlbarsten darin, daß die Forderungen an den Staat bedeutend emporschnellten. Nach der ursprünglichen Berechnung wäre jedes Haus auf 1071 fl. 10 kr. zu stehen gekommen; der rapide Kurssturz der Bankozettel machte einschließlich einer Waldtaxe von 156 fl. einen Mehraufwand von 2093 fl. 54 kr. nötig, sodaß schließlich jedes Haus samt den zugehörigen Wirtschaftsgebäuden auf rund 3165 fl. zu stehen kam; in einem eingehenden Berichte erbat sich die ungarische Hofkammer die Genehmigung dieser Tatsache; in der Sitzung vom 27. August 1812 billigte die Hofkammer diese Mehrauslagen und wies sie zur Zahlung an; sie richtete aber an die Tiroler nochmals die

Aufforderung, soweit als möglich beim Baue selbst Hand anzulegen, um die Summen, die sie einst zu decken hätten, tunlichst zu erniedrigen.

Der Winter des Jahres 1811 brachte wiederum massenhafte Erkrankungen der Eingewanderten, die, um die Möglichkeit eines besonderen Verdienstes zu schaffen, zum größten Teile wieder nach Werschetz gebracht worden waren. Ein besonderes Verdienst während dieser Heimsuchung erwarb sich neben dem aus Tirol eingewanderten Chirurgen Johan Rößege auch der Werschetzer Lederermeister Johann Berwanger, ein Landsmann, der hilfsbereit 2 Witwen mit 7 Kindern in sein Haus aufnahm und die Erkrankten mit der notwendigen Bettwäsche versorgte, ein Umstand, der die ungarische Hofkammer zum Antrag veranlaßte, den Wohltäter mit der kleinen goldenen Zivil-Verdienstmedaille auszuzeichnen.

Im Frühjahr 1812 wurde die Bautätigkeit mit allem Nachdrucke fortgesetzt und alle Arbeitsfähigen hiebei beschäftigt; die Kranken empfangen von der Kameralverwaltung einen Monatsbeitrag, und zwar Verheiratete 6, ledige 4 fl., überdies noch ein entsprechendes Maß von Früchten. Nach der Weisung des Kameralarztes Gruß erhielten die Kranken überdies noch täglich ein Seidel Wein, $\frac{1}{2}$ Pfund frisches Rindfleisch, eine Kreuzerssemmel, überdies jeden Monat $\frac{1}{2}$ Klafter Holz, für die kalten Monate das doppelte Maß.

Der Gottesdienst wurde in der herrschaftlichen Scheuer abgehalten.¹⁾ Begreiflicher Weise fehlte es hiebei selbst am aller notwendigsten. Über Antrag der Kameralverwaltung wurde zu den unbedingt erforderlichen Anschaffungen ein Vorschuß bewilligt; dieses Entgegenkommen war jedoch mit dem Auftrage verknüpft, ja die größte Sparsamkeit walten zu lassen.²⁾

Trotz aller Bemühungen der Regierung vermochte sich in der Kolonie keine rechte Arbeitsfreudigkeit zu entwickeln. Kaum war Niedermayr entfernt, so spielte ein gewisser Doregh (Durig?)

¹⁾ Saylor S. 79.

²⁾ Bericht vom 29. August 1812, Entscheidung vom 3. Sept. 1812.

den Hetzer und verlangte im Namen der Kolonisten die staatlichen Unterstützungsbeiträge statt in Bankozetteln in Einlöschein zu erhalten, eine Forderung, welche die Steigerung der Beiträge um das Fünffache bedeutet hätte; selbstverständlich wurde die Forderung schroff abgewiesen, ja, die Hofkammer wollte sofort wiederum zum Radikalmittel greifen und auch diesen Mann das Los Niedermayrs teilen lassen; sie befahl, vorderhand sein Benehmen genau zu untersuchen. Obwohl die Unterbehörden sofort entsprachen und feststellten, daß Doregh nicht allein den Diurnisten Schaubach tötlich mißhandelt, sondern auch den braven Vorsteher Steck auf das gröblichste beleidigt und beschimpft habe,¹⁾ scheint man doch von der Verhängung der schwersten Strafe Umgang genommen haben.

Daß den Jammerberichten der ungarischen Hofkammer über den verwahrlosten inneren Zustand der Siedelung ein wahrer Kern zugrunde lag, dürfte wohl die Bitte des Vorstehers Eusebius Steck schlagend beweisen, der in fast verzweifelter Tone die Kameralbehörden bat, entweder der Bauaufsicht enthoben zu werden, oder „die Sache in der Weise zu regulieren“, daß nur die arbeitseifrigen Elemente beibehalten, den übrigen der Laufpaß gegeben werde.

Wir sind leider außerstande, die Klagen der Tiroler über die schlechte Beschaffenheit des Ackergrundes in den Einzelheiten zu kontrollieren. Sie waren wohl kaum aus der Luft gegriffen; dies beweist ja die Vorgeschichte des den Tirolern zugewiesenen Platzes, wie auch die Haltung des Simon Fiechter, der wohl gewiß nicht zu den Störefrieden gerechnet werden darf, nichtsdestoweniger der ungarischen Hofkammer das Gesuch unterbreitete, statt im Banate in der Militärgrenze sich ansiedeln zu dürfen, wo ebenfalls noch 6000 Joch Boden der Bearbeitung harrten. Das Hofkammerpräsidium trat das Gesuch dem zuständigen Hofkriegsrat ab; dieser betonte jedoch, weder Häuser erbauen noch Vorschüsse erteilen zu können; wenn ein Siedler aus eigenen Mitteln eine Heimstätte zu gründen

¹⁾ Meldung vom 24. Juni 1812.

versuche, sei man gerne bereit, Grund und Bauholz anzuweisen, allein letzteres müßten sich die Siedler selbst fällen. Solche Auskünfte mußten den völlig Mittellosen allerdings jede Lust benehmen, in die ebenso fremde Militärgrenze zu übersiedeln.

Noch in anderer Weise wirkte der österreichische Staatskrach für die Lage der Kolonisten verhängnisvoll. Die völlige Entwertung der öffentlichen Kreditpapiere drückte jene am schwersten, die nichts zu verkaufen hatten, sondern von den Hungerlöhnen leben mußten, welche der Staat auswarf. Im Namen der Siedler wandte sich der Vorsteher Eusebius Steck an die ungarische Hofkammer mit einer eindringlichen Vorstellung, die von Seite der Kameralverwalter vollauf bestätigt wurde, und wies hin, daß die angewiesenen Unterstützungsbeiträge zum Unterhalte auch nicht im entferntesten mehr zu reichen; angesichts der allgemeinen Teuerung bitten Steck und die Kameralbeamten, die Summen in Wiener Währung auszahlen zu lassen.¹⁾ Das Hofkammerpräsidium erklärte, es liege ihm zwar ferne, die Kolonisten Entbehrungen und Not leiden zu lassen; es gehe aber auch nicht an, die Leute durch allzu reichlich bemessene Gaben der Erwerbstätigkeit zu entwöhnen. Die ungarische Hofkammer empfing daher die Weisung, die Tiroler bei der Holzarbeit wie auch als Handlanger beim Häuserbau zu verwenden, ihnen aber so viel Lohn auszubezahlen, wie viel Arbeiter dieser Art den örtlichen Verhältnissen entsprechend erhielten; Arbeitsunfähige sollten so viel empfangen, daß sie vor der schlimmsten Not geschützt seien²⁾. Dieser Befehl wurde bald hernach noch durch die Weisung vervollständigt, in Königsgnade einige Holzbaracken zu errichten, um den obdachlosen, beim Bau beschäftigten Tirolern eine gesündere Wohnung zu gewähren.

Als im Hochsommer 1812 die Mehrzahl der 30 Häuser fertig gestellt war, entstand die Frage, wie sie und die dazu gehörigen Gründe zu vergeben seien. Die ungarische Hof-

¹⁾ Eingabe vom 7. Februar 1812.

²⁾ Entscheidung, Wien, 9. April 1812.

kammer schlug vor, rein bäuerlichen Siedlern je eine ganze Ansässigkeit zu geben; Handwerker und Siedler mit einer Nebenbeschäftigung sollten eine halbe oder ein Viertel-Ansässigkeit erhalten; wer sich mit der Entscheidung der Behörden nicht zufrieden gebe, solle entlassen werden.

Die Zahl der Siedler war schließlich doch größer ausgefallen, als die Pessimisten am Anfange erwartet hatten; 75 Parteien warteten auf die Ansiedelung. Da die 30 erbauten Häuser nicht zureichten, hatte sich die ungarische Hofkammer die Erlaubnis erbeten, noch 20—30 weitere Gebäude aufführen zu dürfen, für die Grundherrschaft fehle jedes Risiko, da leerstehende Bauten um guten Preis jederzeit verkauft werden könnten. Für die Fortsetzung der Arbeiten sollte ein eigener Rechnungsführer, wie auch ein invalider Husar als Aufseher bestellt werden. Da ein Teil der Bauten bereits erstellt war, hoffte die Kameralverwaltung für die Handlanger ein zusagendes Unterkommen schaffen zu können.

Das Hofkammerpräsidium billigte diese Anträge, verfügte jedoch nochmals, daß durch die sofortige Erbauung von Holzbaracken die Verwendung der Siedler als Handlanger ermöglicht werde. Die Wiener Behörden änderten jedoch den Antrag der ungarischen Hofkammer, die Häuser sollten an Mittellose vergeben werden, dahin ab, sie sollten zuerst an Bauern, und zwar an „Gesittete“ vergeben werden.¹⁾ Exzessemacher sollten als letzte zum Zuge kommen. Unter den ersgenannten erfolgte dann die endgültige Zuteilung durch das Los.²⁾

Auch das Jahr 1812 sah noch einen ziemlich lebhaften Zug von Kolonisten aus Tirol nach dem fernen Osten.

Die junge Siedelung wurde durch die kaiserliche EntschlieÙung vom 16. September als eigene Gemeinde erklärt und erhielt über Speckbachers Antrag den Namen Königsgnade;³⁾

1) Entscheidung vom 11. Juni 1812.

2) Sayler S. 51. Dieser bringt auch einen Lageplan der neuen Siedelung.

3) Über die Feierlichkeiten bei der Konstituierung der Gemeinde siehe Sayler S. 51 ff.

das gleichzeitig verliehene Wappen zeigt ein Bild der Siedelung, über das der Monarch schützend und segnend seine Hände breitet. Das heute jenseits der Leitha so glorreich waltende System, das bewußt ignoriert, daß deutsches Blut und deutscher Fleiß geschaffen, daß Ungarn ist und was es ist, hat den hübschen Namen in Királykegye übersetzt.

Allein über der Siedelung waltete ein verhängnisvoller Unstern. Der erste formell gewählte Vorsteher Eusebius Steck scheint es verstanden zu haben, die bunt zusammengewürfelte Menge mit ihren so verschiedenartigen Bestrebungen und Ansprüchen einigermaßen in Ordnung zu halten; er wurde auch von der Regierung als Aufsichtsorgan mit 1 fl. Tageslohn für den Neubau bestellt; er starb jedoch in den besten Mannesjahren. An seiner Stelle wurde Johann Mader gewählt. Wohl erhielt er augenblicklich die Bestätigung, wohl war auch ihm die erwähnte Aufgabe übertragen und der Taglohn angewiesen; allein seine Stellung war erschüttert, ehe er ein volles Jahr seines Amtes gewaltet; soweit wir aus der rätselhaften Sprache der Akten zu schließen vermögen — es wurde ihm Verschleuderung des Hafers vorgeworfen — trugen Gründe persönlicher Natur wie auch die Parteiungen im Lager der Siedler die Schuld daran. Eine neue Wahl bestimmte Eichhammer zum Nachfolger; auch er vermochte den unseligen Geist des Haders nicht zu beschwören.

Inzwischen bereitete sich auf dem Felde der Politik die große Wendung vor, die ihre Wellen auch in diesen abgelegenen Erdenwinkel warf. Wie wir gesehen, hatten Hormayr und Roschmann durch ihr Gutachten entschieden, welche von den Bewerbern zur Teilnahme an der Siedelung zugelassen werden sollten.

Hormayrs Versuch, die von Oesterreich abgetretenen Gebiete zum Aufstande, Österreich zum Anschluß an die nordische Allianz zu bewegen, führte zu seiner Verhaftung, die auch der Angeber Roschmann für einige Tage freiwillig teilte. Da Hormayr und Roschmann inzwischen „ihren Aufenthaltsort geändert hätten“, ersuchte Graf Wallis schon am Tage nach der

Verhaftung den Polizeipräsidenten Hager, andere Persönlichkeiten namhaft zu machen, denen die Gesuche zur Begutachtung vorgelegt werden könnten. Hager erklärte sich außerstande, „bei der gegenwärtigen Verhinderung beider Referenten“ ohne weiteres Ersatzmänner zu bestellen, da ihnen diese Aufgabe durch einen kaiserlichen Auftrag übertragen worden war; er überließ es dem Hofkammerpräsidium, dem Monarchen hierüber Vortrag zu erstatten.¹⁾

Da das Ansiedlungsgeschäft sich seinem Ende nahte, mag es Wallis als überflüssig empfunden haben, in dieser Sache den Herrscher zu behelligen; er ersuchte daher Hager, er möge selbst über die Würdigkeit der Bittsteller Auskunft geben. Der Polizeipräsident entwarf einige Grundsätze, die bei Würdigung der Ansiedlungsgesuche zu berücksichtigen seien. Er verlangte, daß die Bittsteller sich im Jahre 1809 ausgezeichnet und bei der bayerischen Regierung in einer Weise kompromittiert hätten, daß ihre Rückkehr nach Tirol unmöglich sei; die Wertung der Gesuche überließ er dem Polizeioberkommissär Strobl, einem Tiroler, dem schon bisher die Überwachung der Auswanderer übertragen worden war; mit Zustimmung Hagers sah dieser in den meisten Fällen von der genauen Anwendung der eben erwähnten Grundsätze ab und ließ in seinen Gutachten gnädige Nachsicht walten.

Die Spannung in der politischen Lage sowie die gewaltige Inanspruchnahme des Staatsschatzes durch die Heeresrüstungen brachten es begreiflicherweise mit sich, daß die Regierungskreise der Neugründung im fernen Banate nur mehr geringe Aufmerksamkeit widmen konnten. Überdies versiegte allmählich auch der Strom der Siedler, die sich in die neue Heimat drängten. Die ganze Aufmerksamkeit war ja auf das große blutige Würfelspiel gerichtet, das eine völlig andere Lösung der mannigfachen Beschwerden verhieß. Zudem bot die Aufstellung einer österreichischen Armee zum Vormarsche nach Tirol eine bequeme Gelegenheit, die zahlreichen Tiroler, die sich in den

¹⁾ Wallis an Hager, 13. März 1813. Hager an Wallis, 31. März 1813.

übrigen Erbländern aufhielten und früher oder später den Landsleuten hätten nachgesandt werden müssen, in entsprechender Weise zu beschäftigen.

Als die Neubauten bezogen werden sollten, ergab sich für manche Siedler die Notwendigkeit, einen eigenen Hausstand zu gründen; mehrere Tiroler traten mit der Bitte um Ehelizenz vor die Behörde. Sogar bei der Entscheidung dieser Frage ergaben sich Schwierigkeiten. Die für die Verehelichung der Kolonisten geltenden Bestimmungen verlangten entweder 10jährige Ansässigkeit oder die formelle Entlassung der früheren Behörde sowie die amtliche Bestätigung über den ledigen Stand des Bittstellers. Die ungarische Hofkammer, die hierüber nach Wien berichtete, nahm keinen Anstand, die Wiederverehelichung jener Tiroler sofort zu gestatten, die während ihres Aufenthaltes in Ungarn ihre Ehehälfte verloren hatten; um auch den übrigen die Verheiratung zu ermöglichen, die auch den Kameralbehörden wegen Überlastung der Siedler mit Arbeiten mannigfacher Art als notwendig erschien, mußte von der strengen Durchführung der bestehenden Vorschriften Umgang genommen werden. Um jedoch jeden Mißbrauch zu verhindern, sollten die Heiratskandidaten verhalten werden, durch einen formellen Eid ihren ledigen Stand sowie den Mangel von Eehindernissen zu bezeugen. Da sowohl die österreichische Hofkammer wie auch die ungarische Hofkanzlei diese Lösung guthießen, erfolgte auf den Vortrag des Grafen Ugarte hin ein Hofdekret des Kaisers, das sowohl für die aus Tirol, wie auch aus Baden-Durlach eingewanderten Kolonisten die Erteilung des Ehekonsenses unter den vorgeschlagenen Vorsichtsmaßregeln billigte.¹⁾

Durch das rasche Anwachsen der Kolonie wurden noch andere Bedürfnisse fühlbar. Als Gotteshaus war zuerst die herrschaftliche Scheuer verwendet worden; dieser Zustand war auf die Dauer unhaltbar. Die Temeser Kameralverwaltung unterbreitete daher der ungarischen Hofkammer Vorschläge zur Erbauung einer Kirche und ließ durch den Kameralingenieur

¹⁾ Antrag, 29. April 1813. Entscheidung, Teplitz, 1. Oktober 1813.

die Kosten berechnen; dessen Voranschlag bezifferte die notwendigen Auslagen mit 11.273 fl., forderte überdies 4647 Zugwie auch 5535 Handrobotschichten. Die Wiener Hofkammer äußerte sofort die Befürchtung, die Gemeinde werde wohl nicht in der Lage sein, so beträchtliche Auslagen zu bestreiten, obwohl die Hofbuchhaltung mit allen Mitteln sich bemühte, die angesetzte Summe herabzudrücken. Wohl hatte die Grundherrschaft als Patron ein Drittel der Bausumme zu bestreiten; allein da noch immer zu viel übrig blieb, als den armen Siedlern zugemutet werden konnte, begnügte man sich vorderhand, auf Kosten der Grundherrschaft die Scheuer der neuen Bestimmung entsprechend einigermaßen auszuschnücken. Da die Gemeinde auch außerstande war, die Auslagen für die Kirchenerfordernisse zu bestreiten, beantragte die ungarische Hofkammer, dem Pfarrer gegen Verrechnung einen Jahreskredit von 100 fl. einzuräumen. Das Hofkammerpräsidium verzichtete auf eine genaue Verrechnung, setzte jedoch den angewiesenen Betrag auf 60 fl. herab.¹⁾

Unter den Siedlern befanden sich 33 schulpflichtige Kinder. Schon bei der Gründung der Siedelung hatte der Kaiser eine staatliche Unterstützung zur Unterhaltung eines Lehrers in Aussicht gestellt; da ein namhafter Beitrag der Gemeinde zu diesem Zwecke nicht zu erwarten war, der Pfarrer im Vereine mit den Vertretern der Behörden zur baldigen Eröffnung der Schule drängte, beantragte die Kameralverwaltung, dem Lehrer aus Staatsmitteln 100 fl. in barem, 24 Metzen Roggen, 4 Metzen Mais und 6 Klafter Holz anzuweisen. Die Entlohnung auf Staatskosten sollte so lange andauern, bis die Gemeinde selbst in der Lage sei, aus eigenen Mitteln die Besoldung des Lehrers zu bestreiten. Zur Abhaltung des Unterrichtes wurde noch im Jahre 1814 auf Staatskosten in der Mitte der Siedelung ein entsprechendes Gebäude aufgeführt.²⁾

Die Gesundheitsverhältnisse der Kolonisten hatten schon

¹⁾ Antrag vom 6. April 1813, Erledigung, Wien, 6. Mai 1813.

²⁾ Saylor S. 82.

vom Anfang an allen Grund zur Klage gegeben. Das gänzlich geänderte Klima, die Unregelmäßigkeit der Nahrung und Beschäftigung, wie auch die mangelhafte Versorgung des Dörfchens mit Trinkwasser machen den schlimmen Zustand erklärlich. Er besserte sich auch in der Folgezeit nur wenig; sicherlich mag hiezu der Aufenthalt in den feuchten Räumen der Neubauten seinen Teil beigetragen haben. Mitte Juli 1813 zählte die Kolonie 34 Kranke. Der Tiroler Rögele, der inzwischen als Gemeindefeldarzt in Werschetz Stellung gefunden hatte, erklärte sich aus Liebe zu seinen Landsleuten bereit, die Behandlung der Kranken unentgeltlich zu übernehmen, falls ihm von Seite des Staates die Heilmittel gratis beigestellt und ein geeignetes Haus in Königsgnade als Spital überlassen würde. Die Kameralverwaltung ging auf den Antrag ein und ließ ein geeignetes Gebäude zu genanntem Zwecke reservieren; als jedoch Rögele im Gebrauch der Medikamente stark eingeschränkt wurde, erboste er und verlangte nunmehr ein Taggeld von 2 fl. 30 kr. und die Beistellung von einer Klafter Holz, 4 Pfund Kerzen u. s. w. Im ersten Augenblicke hielt es die Kameralverwaltung für zweckmäßiger, dem Kameralarzte Grußl die Behandlung der Kranken zu übertragen; als jedoch im Herbste des Jahres 1813 die Zahl der Kranken wiederum ganz beträchtlich stieg — sie erreichte einmal beinahe die Zahl 100 — überdies auch Grußl für seine Mühe ein Taggeld aufrechnete, fanden es die Vertreter des Fiskus für zweckmäßiger, Rögele den Gehalt eines Kameralarztes von 300 fl. anzuweisen und ihm 12 Klafter Holz zustellen zu lassen; die Hofkammer genehmigte selbstverständlich diesen Ausweg. Rögele erlag am 23. Mai 1814, erst 29 Jahre alt, dem Typhus als Opfer seines Berufes. Auch weiterhin blieben die gesundheitlichen Verhältnisse in Königsgnade recht ungünstig; Typhus und Malaria hausten entsetzlich unter den Gebirgsbewohnern; die Sterblichkeit überschritt in den ersten Jahren fast das zwanzigfache der normalen Ziffer.¹⁾

Schon in den Tagen der Gründung hatten, wie wir ge-

¹⁾ Sayler S. 58.

sehen, Parteiungen und Zerwürfnisse aller Art das ganze Unternehmen gefährdet; die Zeit vermochte diese Wunden nicht zu heilen; sie ließ sie nur noch mehr verwildern. Die Zahl der Unzufriedenen, die sich im fernen Osten einen Edelsitz erträumt, und nun alle schönen Hoffnungen eitel zerfließen sahen, mehrte sich von Tag zu Tag. Die Siedler dieser Art erschwerten nicht nur den Vorstehern ihr Amt beträchtlich, sondern suchten auch durch Deputationen ihre Sonderbestrebungen zu fördern. Die Abgeordneten stellten für die Dienste dieser Art solche Summen in Rechnung, daß die staatlichen Aufsichtsbehörden zu energischem Eingreifen gezwungen waren.

Sicherlich sind manche Posten aus dem großen Register der Vorwürfe, welche die Kameralverwaltung vorzubringen mußte, mehr der Gereiztheit zuzuschreiben, welche infolge der vorausgehenden Verdrießlichkeiten Platz gegriffen hatte; immerhin bringen die Akten so viel Tatsachen, daß ein ganz beträchtlicher Rest auch auf das Schuldkonto der Siedler gebucht werden muß.

Es fehlte der Kolonie vor allem an tüchtigen Bauersleuten, die sich durch die mühevollen Arbeit der Rodung nicht schrecken ließen; der größte Teil der Auswanderer, bunt zusammengewürfelte Burschen aus ganz Tirol, zumeist Handwerker, wußten mit dem Geschenke der Regierung nichts anzufangen. Manche verpachteten den ihnen zugewiesenen Grund an die Rumänen um die Hälfte des Ertrages; die hiedurch gewonnene Summe war zu gering, um einen sorgenlosen Unterhalt zu ermöglichen; die Unzufriedenheit wurde nur noch gesteigert. Einer der Siedler, Karl Sagmeister, verkaufte seine Ansässigkeit um 1000 fl. und benützte den erhaltenen Vorschuß zur Heimreise; selbstverständlich wurde der Verkauf als ungültig erklärt und die Kameralbehörden suchten sich aus dem Ertrage seiner Felder schadlos zu halten. Den Erhebungen der Polizei gelang es, den Flüchtling in Steiermark ausfindig zu machen. Da Sagmeister aber nachwies, daß er seine Abreise angezeigt und hiezu durch die Behörden einen Paß erhalten hatte, konnte er nicht eigenmächtiger Entfernung beschuldigt werden. Die Überlegung,

daß der Verkauf des Grundes gar keine Vorteile bringe, veranlaßte den Ausreißer, wieder in das Banat zurückzukehren. Da ihm für seine Handlungsweise der gute Glauben zugebilligt werden mußte, fand seine abermalige Aufnahme kein Hindernis. Der Fall bot jedoch den Kameralbehörden den Anlaß, unter allen Siedlern feierlich verkünden zu lassen, daß jeder Kauf und Verkauf ohne Genehmigung der Herrschaft ungültig sei, daß ohne deren vorläufige Genehmigung jedem Antrage die Zustimmung versagt werden müßte.¹⁾

Dank der Protektion der ursprünglichen Macher hatten sich einige Nichttiroler einzuschmuggeln vermocht. In den ersten Zeiten schwiegen die Tiroler; die Zunahme der Parteiungen brachte auch diesen Umstand zur Kenntnis der Behörden.

In ihrer Not hatten sich die Kolonisten auf jede Weise Geld zu verschaffen gesucht. Die Regierung hatte ihnen die Häuser notdürftig eingerichtet,²⁾ die Felder zugewiesen und mit herrschaftlichen Sämereien bestellt, wie auch das notwendige Vieh überlassen. Die erste Kontrolle ergab, daß 66 Stücke des herrschaftlichen Viehes verendet oder verkauft worden waren, daß wallachische Diebe eine nicht unbedeutende Anzahl von Stücken entwendet hatten; sogar der Gemeindestier war aus seiner Stallung gestohlen worden.³⁾ Der Vorsteher wurde nun angewiesen, die Schuldigen zur Beistellung der eigenmächtig entfremdeten Bestände zu verhalten. Welchen Erfolg diese Aufforderung hatte, verschweigen die Akten; er läßt sich wohl un schwer erraten.

Bereits oben lernten wir die ersten Anwürfe gegen den Kameralverwalter Raunacher kennen; sie verdichteten sich bald zu Äußerungen grimmigen Hasses. Schon aus dem Ende des Jahres 1812 liegt uns ein in scharfen Ausdrücken abgefaßtes Gesuch vor, das dessen Entfernung mit der Begründung forderte, er verstehe vom Baue nichts und bringe nur Verwirrung

¹⁾ Meldung der ung. Hofkammer, 31. Juli 1813.

²⁾ Sayler S. 48.

³⁾ Ebendort S. 49.

unter die Siedler; er habe sich immer nur in Fützes aufgehalten, „die Hühner der Wallachen aufgefressen und deren Spendaschen eingenommen“; aus dem den Tirolern zugewiesenen Holze habe er ihnen eine Brücke gebaut und sich selbst eine Einrichtung machen lassen, während er den armen Handwerkern nur 45 kr. Taglohn bezahle.¹⁾ Obwohl die Beschwerde keine Unterschrift trug und, wie die vorläufige Untersuchung sofort herausstellte, nur von wenigen Tirolern ausgegangen sein konnte, säumte die ungarische Hofkammer, den aus Wien erhaltenen Weisungen entsprechend, nicht, auf vertraulichem Wege über das Betragen Raunachers Erkundigungen einzuziehen, obwohl ihm fast gleichzeitig für seinen Eifer bei der Anlage der Kolonie im Auftrage der Hofkammer die allerhöchste Zufriedenheit bekannt gegeben wurde.²⁾ Die Berichte hierüber, welche besonders scharf betonten, daß Raunacher der neuen Kolonie keinen Kreuzer Auslagen gemacht habe, bestimmte die Hofkammer, die Rechtfertigung des Beamten als zufriedenstellend zu erklären und ihm neuerdings die volle Zufriedenheit auszudrücken; sie verwehrte es den untergeordneten Organen, weiterhin Eingaben solcher Art anzunehmen und darauf Antwort zu geben. Die Ruhe wurde jedoch hiedurch nicht hergestellt.

Die Verteilung der Gründe, wie sie Raunacher verfügte, bot Grund zu neuen Beschwerden. Unter den 19 Siedlern, die bei der ersten Verteilung ganze Ansässigkeiten erhalten hatten, befanden sich 5 Handwerker, während mancher leer ausgegangen war, der die Landwirtschaft vorzüglich verstünde. Eine neue Untersuchung, die durch einen eigens abgesandten Rat Knosko geführt wurde, war die Folge.

Verschiedene Mißgriffe bei Verteilung der Ansässigkeiten waren tatsächlich nicht in Abrede zu stellen. Die Untersuchung ergab jedoch, daß von selbstsüchtigen Manipulationen Raunachers nicht gesprochen werden könne, daß vielmehr der Beamte auf die irrigen Angaben der Siedler gebaut hatte. Die Abhilfe war

¹⁾ Eingabe, Königsgnade, 4. Dezember 1812.

²⁾ Entscheidung vom 15. April 1813.

glücklicherweise nicht zu schwer. Bisher waren 50 Häuser mit 19 ganzen und 31 halben Ansässigkeiten vergeben worden; 17 Familien warteten noch auf Zuweisung eines neuen Heims. Deren Unterbringung wurde nun dadurch beträchtlich vereinfacht, daß 10 Parteien, die schon angesiedelt worden waren, mit Rücksicht auf die Gestaltung der Dinge in Tirol dorthin zurückzukehren wünschten. Für die restlichen 7 glaubte der Untersuchungskommissär Knosko dadurch Platz schaffen zu können, daß jene Parteien, deren Betragen Anstoß erzeuge und keine Aussicht auf Besserung verspräche, mit Reisegeld versehen nach Tirol zurückgesandt werden sollten; um alle Wünsche zu befriedigen, sollten jene tüchtigen Leute, welche nur halbe Ansässigkeiten erhalten hätten, aus den ja reichlich zur Verfügung stehenden Gründen die verlangte Vermehrung ihres Besitzes erhalten. Die Oberbehörden urteilten humaner als der Untersuchungsbeamte; die 7 obdachlosen Familien wurden einstweilen bei den übrigen Bauern untergebracht; für sie wurden im Jahre 1814 noch weitere 7 Wohnstätten errichtet.

Die dritte Klage, welche wiederholt vorgebracht wurde, betraf die Zuteilung der Industrialien. Die bisherigen rumänischen Pächter waren für ihre Mühe, für die von ihnen gepflanzten Bäume bar entschädigt worden. Um den Nutzen der auf diese Weise erworbenen Pflanzungen der Grundherrschaft zu sichern, plante die Kameralverwaltung, die aus dem Ackerlande entfernten Bäume auf herrschaftlichen Grund versetzen zu lassen und dieses Gebiet den Kolonisten der Weisung des Kaisers entsprechend auf dem Wege der Versteigerung in Pacht zu geben. Der Präsident der ungarischen Hofkammer, Ignaz von Almássy, beabsichtigte jedoch, die Industrialien in den den Kolonisten zugewiesenen Landkomplex einzubeziehen; in diesem Falle hätten diese allerdings auch die Kosten der Ablösung tragen müssen. Die Wiener Behörden waren dem zuletzt angegebenen Vorschlage beigetreten.¹⁾ Da der Umfang der Siede-

¹⁾ Bericht der ungarischen Hofkammer, 4. Februar 1813; Entscheidung, 8. April 1813.

lung lange nicht den Umfang erreichte, wie man zuerst erwartet hatte, brauchte nur ein Teil des Industrialienkomplexes abgelöst zu werden. Nun führten die Tiroler Klage, daß die fruchtbarsten Gründe den Rumänen gelassen, den neuen Siedlern aber nur die schlechten Gebiete, Gestrüpp und wilde Bergschluchten zugewiesen worden seien. Sie klagten ferner, daß der zur Bestellung der Felder erforderliche Samen nicht in der wünschenswerten Qualität vorgestreckt wurde; andere nahmen sich der Wallachen an, welche die Pflanzungen herausgeben mußten und rügten, daß diese um die ihnen gebührenden Ablösungssummen geprellt worden seien.

Im Auftrage des Kaisers übermittelte Erzherzog Rainer dem Grafen Stadion den Befehl, durch eine genaue Untersuchung Aufklärung zu bieten, wozu der Beisitzer der Kameralverwaltung von Bálas an Ort und Stelle entsendet wurde.

Seine Schilderung entwirft ein trübes Bild über den verwairsten Zustand der Kolonie. Sie war im Hochsommer 1813 durch eine schwere Wasserkatastrophe heimgesucht worden. Die meisten der als Baumaterial zurecht gerichteten Ziegel wurden durchnäßt oder völlig zerstört; die bereits aufgeführten Gebäude wurden vielfach schwer beschädigt.¹⁾ Die Temeser Kameralbehörde bemühte sich, die Verwüstungen zu beheben, das Bachbett zu reinigen und die Wohnungen wieder instand zu setzen.

Noch viel betrübender hatten sich die inneren Verhältnisse der Siedler gestaltet. Wie Bálas betonte, konnte ein beträchtlicher Teil der Industrialien den Rumänen belassen werden, da sie für die Tiroler nie benötigt würden; bei der Trägheit vieler Siedler sei nicht zu erwarten, daß solche Gründe je unter den Pflug genommen würden. Nochmals hob er hervor, daß viele Gründe an die Wallachen in Füzés um die Hälfte des Ertrages verpachtet worden seien; die Beschwerde der Siedler, daß sich unter den zugewiesenen Gründen auch ungerodete Gebiete befänden, wurde zwar ohne weiteres zugegeben; allein er be-

¹⁾ Saylor S. 44.

merkte, daß die Tiroler selbst ausdrücklich deren Zuteilung verlangt hätten.

Um den Klagen ein Ende zu machen, rät Bálas, für den durch die Überschwemmung hervorgerufenen Schaden eine Entschädigung zu zahlen, warnt jedoch dringend davor, ihren Wünschen nachzugeben und zu einer neuen Verteilung des Bodens zu schreiten, zumal manche Familien der Siedler beim Verhöre ihre volle Zufriedenheit ausgedrückt hatten; diese bestätigten auch, daß die Beschwerden über schlechtes Samenkorn und die Unregelmäßigkeiten bei Gewährung der Vorschüsse völlig aus der Luft gegriffen seien. Die Rumänen hatten für die Ablösung der Industrialien allerdings nur 5482 fl. 14 kr. erhalten; allein diese Summe war durch einen gütlichen Vergleich ermittelt worden und aus dem Grunde so niedrig ausgefallen, daß es den Rumänen gestattet wurde, aus allen den Tirolern als Ackerland zugeteilten Gründen die Bäume entweder auszugraben oder wenigstens das Holz für sich zu nehmen.

Das Endurteil, womit Bálas sein Referat schließt, lautet herb genug; auch er verlangt, es sollten nur jene Siedler behalten werden, welche fleißig und tüchtig seien; die übrigen seien rücksichtslos abzustiften und davonzujagen.

Der Staat hatte für die Kolonie nicht unbeträchtliche Opfer gebracht; nach der offiziellen Schlußabrechnung hatte er für die Unterhaltung der Siedler und für die Beistellung der ersten Einrichtung 146.885 fl. 53¹²/₄₀ kr., für die Bauführung 259.671 fl. 37³/₄ kr., zusammen also 406.557 fl. 31²/₄₀ kr. W. W. ausgegeben; da die Beistellung der Baumaterialien unentgeltlich geschehen sollte, wurde von der zweitgenannten Summe nur der Betrag von 129.744 fl. 31⁵/₈ kr. den Kolonisten angerechnet¹⁾.

Als die Zeit der gewährten 6 Freijahre dem Ende nahte, legten die Kolonisten dem Hofe die Bitte um Verlängerung vor; das Original des Gesuches ist zwar nicht auffindbar, allein der gereizte Ton, womit der Kaiser in seiner Entscheidung das Be-

1) W. S. A. St. R. Nr. 5809 ex 1830.

gehen zurückwies¹⁾, läßt vermuten, daß es nicht in den bescheidensten Formen abgefaßt war. Der Monarch verweigert kategorisch jede Verlängerung, droht vielmehr mit der Abstiftung der Unzufriedenen; bevor diese jedoch durchgeführt würde, sollten die Siedler in seinem Namen eindringlich ermahnt werden, zu gehorchen und die Felder fleißig zu bestellen; sei dieser Schritt ergebnislos, dann sollte ohne weiteres die Entlassung erfolgen.

Wir sind nicht in der Lage, die jammernden Schilderungen verschiedener Berichterstatter über die Unfruchtbarkeit des Bodens, die Mangelhaftigkeit der Absatzquellen und die Diebereien der Rumänen auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen; da auch die Kameralbehörden ganz unverhohlen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Neugründung zugestanden, dürften sie nur zu begründet gewesen sein; trotzdem bestünde, so versichern sie, kein Grund zu verzweifelndem Unmut; wie die ungarische Hofkammer berechnet, soll eine ganze Ansässigkeit in Königsgnade einen durchschnittlichen Jahresertrag von 995 fl. 24 kr. abgeworfen haben²⁾.

Das Los der Kolonie.

Wir sind in unserer Schilderung den Ereignissen bedeutend vorausgeeilt. Gleichzeitig mit den zuletzt geschilderten Verhandlungen wurde der Bestand der jungen Gründung durch andere Umstände ernstlich gefährdet. Tirol war wiederum an den Doppelaar zurückgefallen; hiemit waren die Ursachen geschwunden, welche gar manche zur Wanderung in die weite Ferne gezwungen hatten. Die gänzliche Änderung der politischen Lage machte sich auch im Banate sofort bemerkbar.

Schon in den ersten Tagen des Jahres 1814 äußerten 10 Familien den Wunsch, in die Heimat zurückkehren zu dürfen; im Februar desselben Jahres traten wiederum 21 Tiroler mit

¹⁾ Entscheidung, Wien, 5. Juli 1817.

²⁾ Bericht der ungarischen Hofkammer vom 23. Dezember 1816.

der gleichen Bitte vor die Behörden. Die Kameralverwaltung wollte zuerst die Heimkehr durch die Bedingung erschweren, die Abreisenden zu verhalten, ungarische Kolonisten zu stellen, welche die Verpflichtung zu übernehmen hätten, die Schulden und Vorschüsse ihrer Vorgänger zu begleichen; die ungarische Hofkammer glaubte von dieser Beschränkung absehen und den nationalen Charakter der Siedelung aufrecht erhalten zu können; sie verfügte daher, in die entstandenen Lücken sollten wiederum Tiroler, nicht aber Fremde aufgenommen werden. Den humansten Standpunkt vertrat der Kaiser, der vielleicht die Gefühle zu ahnen vermochte, welche die Kunde vom Heimfalle Tirols an Habsburgs Zepter unter den Siedlern auslöste; er verfügte,¹⁾ den Kolonisten für die Heimreise jene Beträge auszubezahlen, welche sie für die Hinreise empfangen hätten; nur jene, die nicht nach Tirol, sondern anderswohin zu reisen gedächten, seien ihrem Schicksale zu überlassen. Schon im Juli 1814 trafen verschiedene Familien in Wien ein. Angesichts ihrer völligen Mittellosigkeit sah sich die Hofkammer gezwungen, jeder durch die Polizeibehörden eine Unterstützung von 200 fl. anweisen zu lassen.

Rasch mehrte sich die Zahl derjenigen, welche die fremde Scholle verließen und den heimatlichen Bergen zueilten. In den ersten Monaten des Jahres 1816 standen von den 57 errichteten Gebäuden 13 vollkommen leer; von den 144 Ansässigkeiten waren nur 44 und zwar 17 ganze und 27 halbe tatsächlich besiedelt.²⁾ Dieser Umstand mag die ungarische Hofkammer veranlaßt haben, ihren bisherigen Standpunkt aufzugeben; sie hatte sich bisher prinzipiell gegen die Einschmuggelung fremder Elemente gewehrt. Die Entbehrungen der ersten Jahre, der Kampf mit den Härten des Geschickes und des Klimas hatten manche der eingewanderten Siedler hinweggerafft; die Witwen und Waisen fühlten sich außerstande, allein den Kampf mit den Widerwärtigkeiten aufzunehmen; sie wandten sich daher an die

1) Entscheidung, Wien, 24. Februar 1814.

2) Bericht der ungarischen Hofkammer vom 8. Mai 1814.

Behörden mit der Bitte, auch Nichttiroler heiraten zu dürfen, ohne dadurch der bevorzugten Stellung verlustig zu werden. Es war eine Angelegenheit von der größten Tragweite; handelte es sich doch um den national ungemischten Fortbestand der Siedelung. Doch Not kennt kein Gebot; um den Hilflosen die erforderliche Unterstützung zu gewähren, billigte der Kaiser die vorgelegte Bitte.¹⁾

Die Heimkehr so vieler Siedler brachte noch eine andere Frage ins Rollen. Während der ersten Jahre des Bestandes waren den Tirolern ganz beträchtliche Vorschüsse an Geld und Naturalien ausbezahlt worden; sie beliefen sich auf 38.282 fl. 39 kr. an Geld, 166 Metzen Weizen, 1586 Metzen Halbfrüchte, 93 Metzen Korn, 516 Metzen Hafer, 65 Metzen Mais und 47 Klafter Holz. Es ist begreiflich, daß die Vertreter des Fiskus auf alle Weise die Rückstände hereinzubringen versuchten. Deren erste Vorschläge gingen dahin, den Nachfolgern der heimgekehrten Tiroler diese Schuldposten zur Bezahlung aufzubürden. Dieser anscheinend recht harmlose Antrag entpuppte sich als ein fast unübersteigliches Hindernis, das sich der Rückkehr der Heimwehbefallenen in den Weg stellte.

Von dieser Lösung mußte daher abgesehen werden; die Regierung versuchte nun, durch das Gubernium in Tirol von den Heimgekehrten die vorgestreckten Beträge einzutreiben; angesichts der völligen Mittellosigkeit blieb nichts anderes übrig, als den Betrag als uneinbringlich abzuschreiben.²⁾

Nun zum Schluß! Die bisherige Entwicklung rief in den Regierungskreisen die Ueberzeugung wach, daß eine hinreichende Beteiligung von Tirolern nicht mehr zu erwarten sei, daß man auch Nichttiroler zulassen müsse, falls man nicht auf die Verzinsung des aufgewendeten Kapitals verzichten wolle. Eine kaiserliche Entschließung vom 1. Oktober 1816 gewährte 10 serbischen Familien die Aufnahme in Königsgnade und befahl,

¹⁾ Bericht der ungarischen Hofkammer, 8. Mai 1816.

²⁾ Hofkammervortrag vom 28. Sept. 1830, W. St. R. A. Nr. 5809 ex 1830.

sie in den leer stehenden Gebäuden unterzubringen; die übrigen leeren Siedelungen sollten versteigert werden, um der Herrschaft die ausgelegten Gelder wieder zu verschaffen. Die letzte Wendung des Befehles zerstörte alles, was jahrelanger Fleiß bisher geschaffen; denn unterschiedlos wurde jedermann zum Kaufe zugelassen; wer am meisten biete, habe das meiste Recht. Nach solchem Vorspiele ist es begreiflich, daß das Gesuch eines gewissen Franz Thurner von Landeck, der am 17. Jänner 1817 um die Erlaubnis um Zulassung zur Siedelung im Banate bat, mit der Bemerkung abgelehnt wurde, die Aufnahme von Tirolern habe nun aufgehört, daher könne der Bitte keine Folge gegeben werden.

Noch im Mai 1817, als in Tirol die Hungersnot ihren Höhepunkt erreicht hatte, erschienen, mit ordentlichen Pässen versehen, in Wien mehrere kinderreiche Familien aus Tirol und Vorarlberg (Martin Nestel, Josef Fischler, Franz Prigel, Johann Erhard und Johann Schoder) und behaupteten, von den Kreisämtern die Mitteilung erhalten zu haben, sie würden im Banate „oder sonstwo in Hungarn“ unentgeltlich Ansässigkeiten erhalten und versicherten überdies, aus demselben Grunde würden demnächst noch über 100 Familien aus Tirol und Vorarlberg auswandern.

Auch sie wurden zurückgewiesen; das Gubernium erhielt den gemessenen Befehl, den abschlägigen Bescheid schleunigst allen Kreisämtern bekannt zu geben¹⁾.

Die schwach gefestigte Tiroler Siedelung im fernen Osten fiel rasch der Ueberflutung durch fremde Elemente zum Opfer. Obwohl der Staat schließlich auf den Rückersatz der geleisteten Vorschüsse vollständig verzichtete, obwohl er den Kaufpreis eines Hauses auf 100 fl. herabsetzte, ja schließlich sogar völlig nachsah, vermochte der kärgliche Rest nicht zu gedeihen. Mit dem Pfarrer Stuefer wanderten im Jahre 1818 gar manche nach Temesvar, wo heute noch die Tiroler Gasse an diese Siedler er-

¹⁾ W. M. I. Hofkanzlei IV. A. 5. und IV. A. 7. ex 1817. Der Verfasser verdankt diese Mitteilung seinem l. Freunde Dr. J. Penz.

innert. Nur 22 Familien blieben in Königsgnade zurück, von denen der unerbittliche Tod alle bis auf eine einzige hinwegraffte; heute befindet sich in Királykegye nur noch die Familie Zauner, deren Ahnen einst aus Tirol einwanderten.

Sicherlich hatten gute Absichten die Regierung in ihren Maßnahmen geleitet; sie hatte sich nach besten Kräften bemüht, den schweren Einstand tunlichst zu erleichtern und den Fortbestand der Neugründung zu sichern. Daß der Versuch nicht gelang, daran trug die Schuld sowohl die unglückliche Wahl des Ortes mit allen ungünstigen Folgeerscheinungen, wie auch die wahllose Aufnahme der Kolonisten, zuletzt auch der Mangel eines allgemein anerkannten Führers, der imstande gewesen wäre, die so widerstreitenden Kräfte auf das eine große Ziel hinzulenken.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Veröffentlichungen des Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum](#)

Jahr/Year: 1920

Band/Volume: [3_60](#)

Autor(en)/Author(s): Hirn Ferdinand

Artikel/Article: [Die Gründung der Tiroler Kolonie Königsgnade im Banat. 1-74](#)